Nr. 462

INTERIM

29. Oktober 1998

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



right man - right place

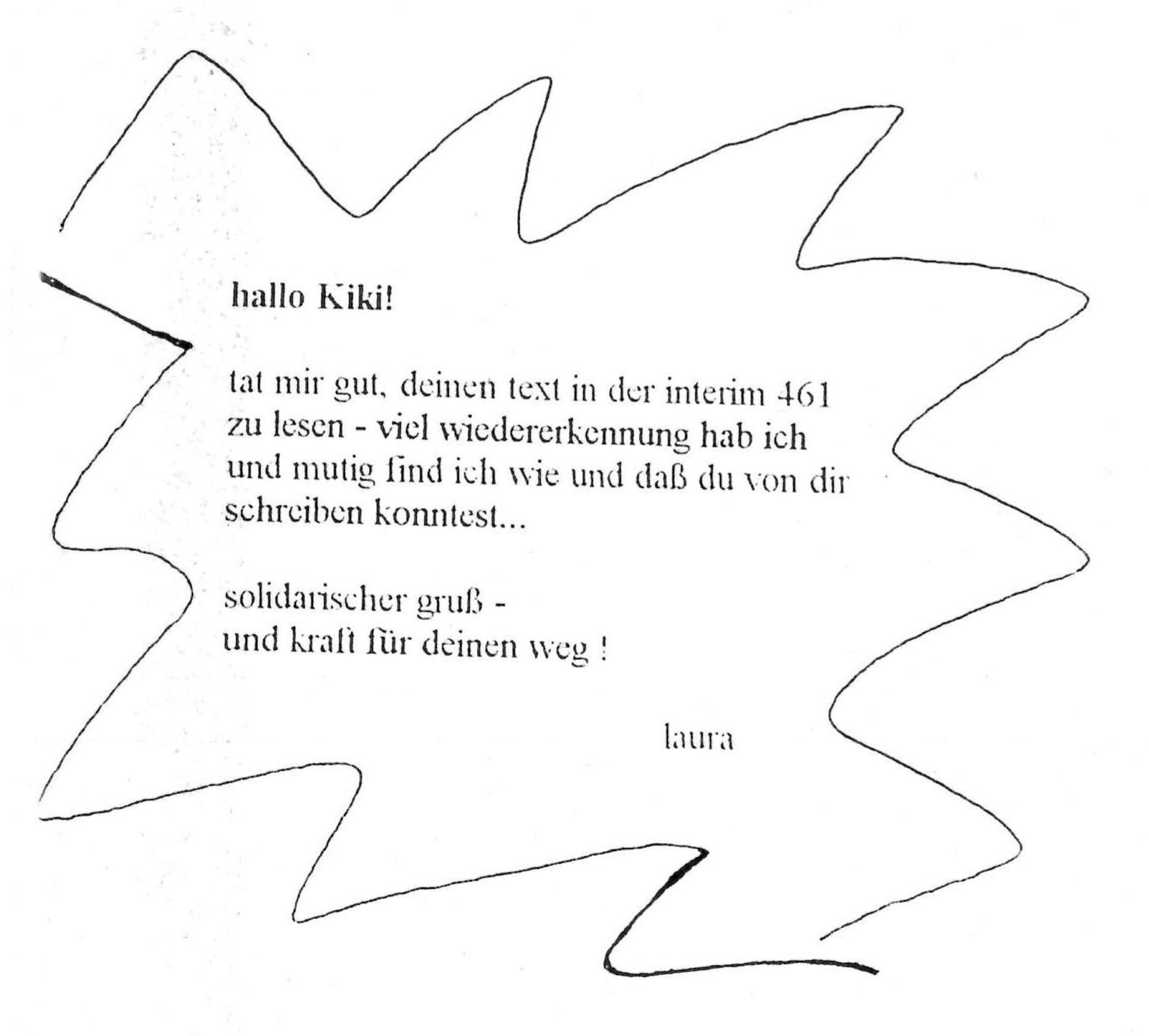
Erinnerungen I
Deutschland, 9. November 1938
Reichspogromnacht. Der mörderische Ausdruck des deutschen Antisemitismus.Die Transformation völkischen Hasses in staatlich organisierten Massenmord. Der Beginn der Vernichtung des europäischen Judentums durch den deutschen Faschismus. Und die Liste der Profiteure ist endlos: BMW, Daimler-Benz, VW, ... Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdener Bank, ... Mannesmann, Siemens, Thyssen, ...
Deutschland, 9. November 1998
Gegen das Vergessen: Deutschland denken heißt Auschwitz denken.

Erinnerungen II
Chile, 1973
Putsch des Militärs unter Pinochet mit Unterstützung einheimischen und ausländischen Kapitals. Verfolgung, Folter und Mord. Und Generäle sind Mörder sind immer noch Generäle.
Deutschland, 25. Oktober 1998
Wir wünschen Pinochet eine möglichst lange und unangenehme Zwischenlagerung bis zum Ende seiner Halbwertzeit. Egal wo.

Randnotiz
Deutschland, September 1998
"Wir werden die unmenschliche Asylpolitik ändern." Vielleicht.
Deutschland, Oktober 1998
"Koalitionsverhandlungen sind keine Wahlversprechen." Sicher.

Impressum:
Herausgeberin:Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift siehe oben
V.i.S.d.P.: Chalotte Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruckverl.

ps: Wir grüßen Patricio Ortiz, der seit dem 3. September wieder in Freiheit ist !!



Inhalt:

Ordner:

- Widerstand gegen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens
- Anti-Eu/WWG-Plenum Köln
  -Protokoll vom bundesweiten Treffen
  -Entwurf eines Positionspapiers
- Papier der Gruppe Rev.Funke zur versuchten Vereinnahmung linker Positionen durch Rechte



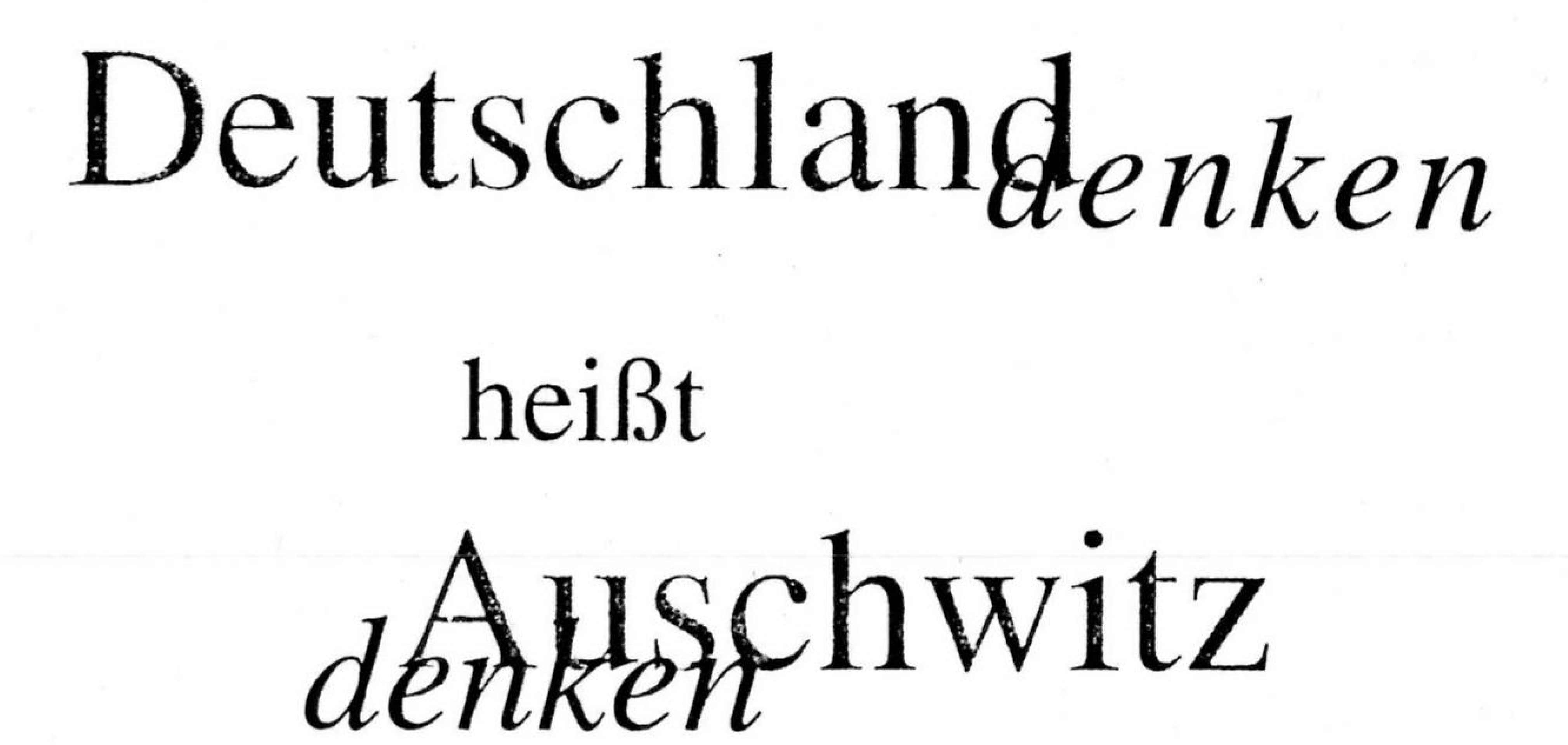
ANTIFASCHISTISCHE ZEITUNG

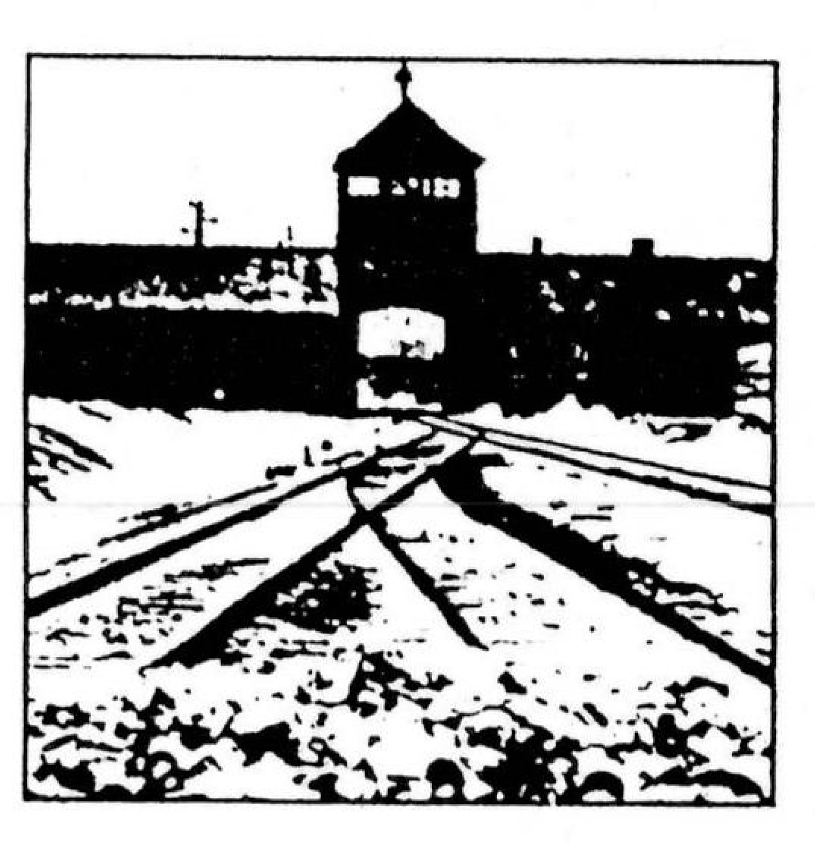
MOABITER ANTIFASCHISTISCHE DEMONSTRATION

9. November 1998

60 Jahre nach der Reichspogromnacht







Gedenkveranstaltung am 9.November

16 Uhr, Mahnmal in der Levetzowstraße
17 Uhr, Demonstration zum Abschiebeknast in der Kruppstraße



Erinnern, Hinsehen, Eingreifen!

Wir rufen zu einer Kundgebung auf, um der 6 Millionen von Deutschen ermordeten jüdischen Opfer des Holocaust zu gedenken. Mit dem antisemitischen Pogrom vom 9. November 1938 erfuhr der Holocaust seine gewalttätige öffentliche Ankündigung. Es war der Beginn der Vernichtung des Judentums in Europa.
Wir rufen auf zu einer antifaschistischen Demonstration gegen den Antisemitismus in Deutschland, den alltäglichen völkischen Wahn und staatlichen Rassismus.
Wir wenden uns gegen diesen Staat und diejenigen seiner EinwohnerInnen, die die antisemitischen und rassistischen Täter immer wieder in Schutz nehmen, sei es im Nationalsozialismus, in Rostock Lichtenhagen oder in Gollwitz.

Wir bleiben dabei:
Deutsche Täter sind keine Opfer!
Für Antisemitismus und Rassismus gibt es keine Entschuldigung.
Sorgen wir dafür, daß Auschwitz mahnender Bezugspunkt jeder deutschen Politik bleibt.

Die jahrzehntelange Verweigerungs- und Verzögerungspolitik der BRD-Regierungen und der deutschen Wirtschaftsunternehmen bei Entschädigungsforderungen der ZwangsarbeiterInnen bedeutet für diese eine fortdauernde Demütigung.

Wir fordern die sofortige und schnelle Entschädigung aller überlebenden Opfer des Nationalsozialismus.

no germans - no holocaust (D.Goldhagen)

Deutschland 1998 - Sechzig Jahre sind seit der Reichspogromnacht vergangen

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brach sich der tief in der deutschen Gesellschaft verwurzelte Antisemitismus zum wiederholten Male gewalttätig Bahn und mündete im staatlich gelenkten deutschlandweiten Pogrom, das teilweise bis zum 13. November anhalten sollte.

Mit Unterstützung der antisemitischen deutschen Bevölkerung und der Duldung der Sicherheitskräfte, ermordeten die Schlägertrupps der SA in Deutschland 91 Juden und Jüdinnen. Unzählige wurden gedemütigt, zusammengeschlagen und vergewaltigt. Faktisch alle jüdischen Betriebe und Geschäfte wurden geplündert und demoliert, unzählige Wohnungen überfallen und verwüstet. 191 Synagogen wurden angezündet, viele mehr geschändet und ausgeraubt. Über 20 000 Juden und Jüdinnen wurden in Konzentrationslager deportiert.

Schon die vorhergehende schrittweise Entrechtung der Juden und Jüdinnen, denen jegliche soziale und materielle Lebensgrundlage genommen wurde, war auf offene Zustimmung in der deutschen Bevölkerung gestoßen. Am 9. November konnte sich der Nazistaat zum wiederholten Male der Zustimmung der Bevölkerung durch die Teilnahme am öffentlichen Pogrom versichern.

Als 1945 die Alliierten den nationalsozialistischen Staat zerschlugen, hatte dieser militärisch zwar verloren, sein antisemitisches Vernichtungsprojekt hatte aber dennoch gewonnen. Das europäische Judentum existierte nicht mehr. Fortan war der Holocaust kein Thema mehr in Deutschland, wenn es den Deutschen nicht von den Alliierten oder der Weltöffentlichkeit aufgezwungen wurde. Nazideutschland wurde zerteilt. Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft wurde zur westdeutschen Wirtschaftswundergemeinschaft auf der einen und dem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden auf der anderen Seite der Demarkationslinie des kalten Krieges. Beide deutschen Staaten mußten die antisemitische Bevölkerungsmehrheit des Nazistaats übernehmen. Die BRD verhalf darüber hinaus den meisten Nazis, die die Alliierten aus Schlüsselpositionen in Gesellschaft, Staatsapparat und Wirtschaft entfernt hatten, wieder zu Amt und Würden. Die Nazis, die durch die Maschen der alliierten Strafverfolgung und Entnazifizierung geschlüpft waren, fanden in der BRD einem sichern Aufenthalt und meist eine zweite deutsche Karriere. Die Witwen von verurteilten und hingerichteten Kriegsverbrechern konnten sich mit üppigen Hinterbliebenenrenten trösten.

...10 Millionen DM für ein Krankenhaus in Israel...

Die ersten Forderungen jüdischer Organisationen und Israels nach Entschädigung und Unterstützung für die jüdischen Opfer, gingen folgerichtig an die BRD, die darauf pochte, der rechtliche Nachfolgestaat des Dritten Reichs zu sein. Sie wurden sofort als Zumutung zurückgewiesen. Das völkisch antisemitische Ressentiment funktionierte in der BRD auch ohne Juden. Unter der Bevölkerung und der Regierung war schon in den 50er Jahren die Ansicht verbreitet, man habe den Juden jetzt genug bezahlt und Israel nutze die Entschädigungszahlungen, um die BRD auszubluten.

Die geforderten Entschädigungen wurden dann auch bis heute nur sehr zögerlich oder gar nicht bezahlt. Als erstes "Wiedergutmachungsangebot" an Israel für den Holocaust erwog Adenauer 1952 allen Ernstes 10 Millionen DM für ein Krankenhaus in Israel zu stiften. Die darauf folgende Forderung Israels nach einer Milliarde Dollar führte im Bonner Kabinett zu tumultartigen Auseinandersetzungen über die "Berechtigung der jüdischen Forderungen".

Die bundesdeutschen Behörden nutzten von Anfang an die desperate Lage der überlebenden Juden und Jüdinnen in Deutschland und die Schwierigkeiten derer, die ins Ausland geflüchtet oder ausgewandert waren. Anträge auf Entschädigung, auf durch Flucht und Raub per Arisierung verlorenes Eigentum oder auch nur Rentenansprüche wurden verschleppt oder abgelehnt. Die durch den Krieg und die Verschleierungsstrategie der Nazis schlechte Aktenlage, die Probleme, lückenlose Bescheinigungen und sonstige Belege über ihr Schicksal und das ihrer ermordeten Angehörigen zu besorgen, waren das Erbe des Holocaust und kamen wiederum dem Staatshaushalt zugute.

Die gleichen Behörden, ja oft die gleichen deutschen Staatsdiener, die den Holocaust mitorganisiert hatten, drangsalierten und demütigten die zu Bittstellern degradierten Opfer zum zweiten Mal und ließen sie zudem bis heute meist leer ausgehen.

...Antifaschismus ohne Juden

Auch in der DDR wurde nicht vom Holocaust geredet. Die materiellen Grundlagen des Nationalsozialismus wurden durch Enteignung und Verstaatlichung der Großindustrie und die Entfernung deren Vertreter aus sämtlichen gesellschaftlichen Positionen zerschlagen. Verwaltungen, Schulen, alle staatlichen und politischen Positionen wurden mit AntifaschistInnen besetzt. Die "willigen Vollstrecker", die ganz normalen Deutschen, die keine bekannten Nazis oder Wirtschaftsführer sondern nur ganz gewöhnliche Antisemiten, Wehrmachtssoldaten und kleine Naziparteimitglieder gewesen waren, blieben aber das Staatsvolk, mit dem ein antifaschistischer Staat aufgebaut werden mußte. Auch der DDR Staat gebärdete sich deutsch und national. Er vermied es, seinen Bürgern ihren Antisemitismus, vorzuwerfen, da sonst eine positive Haltung dem neuen Staat nicht zu haben gewesen wäre. Er praktizierte einen Antifaschismus ohne Juden und beschwor am Antikriegstag die Bombardierung Dresdens durch die Briten und Amerikaner als deutschen Opfergang. Entschädigungsansprüche wurden an die BRD zurückverwiesen.

In beiden deutschen Staaten beschäftigten sich die Deutschen fortan mit sich selber.

So wurde aus dem Holocaust erneut Gewinn geschlagen.

Schon Adenauer wußte, das die Bundesrepublik allein mit der funktionierenden Volksgemeinschaft das beginnende Wirtschaftswunder nicht aufbauen konnte. Er mußte einsehen, daß die angestrebte Westbindung samt Natobeitritt ohne Zugeständnisse an das westliche Ausland, die USA und Israel, wo im Gegensatz zu Deutschland Juden und Jüdinnen eine Lobby hatten, nicht zu haben war.

Die Anbindung der BRD an die zivilisierte Welt erfolgte über eine Annäherung an Israel und gut dosierte "Wiedergutmachungszahlungen" an jüdische Verbände sowie Wirtschaftshilfe für den jungen Staat. Eine Selbstverständlichkeit, nämlich sich gegenüber den Juden und Jüdinnen anständig zu verhalten, wurde für das erneute Gedeihen der sich nun judenfreundlich gebenden Volks - und Wirtschaftswundergemeinschaft eingespannt. So wurde aus dem Holocaust erneut Gewinn geschlagen. Antisemitismus, hatten die deutschen Politiker gelernt, schadet ihnen und deshalb wird darüber nicht gesprochen.

...die bessere Nation im Spiegel der Verbrechen

Aber es sollte noch schlimmer kommen. Hatten die Deutschen zuerst den Holocaust verdrängt, fingen sie später an, sich seiner Opfer zu bemächtigen. Spätestens ab 1968 stieg das Interesse an der jüngsten Geschichte auch in der BRD sprunghaft an. Die deutschen Verbrechen wurden nicht mehr geleugnet, der Nationalsozialismus per engagierter Heimatkunde noch im kleinsten westfälischen Dorf wiederentdeckt. Doch die Suche nach dem besseren Deutschland blieb erfolglos. Es fanden sich fast nur Nazis und Antisemiten und wenig Widerständige. Aber so zog die Schuld der Deutschen dann doch wohl oder übel in die Schulbücher und Köpfe ein.

Das bedeutet zumindest, daß die Konservativen die Kontrolle über das Geschichtsbild verloren hatten, die Zeit der Verdrängung war vorbei, die Chance sich der Vergangenheit zu stellen, wäre dagewesen. Sie wurde vertan.

Der Holocaust und die anderen Verbrechen der Deutschen im Nationalsozialismus wurde auch von fortschrittlichen Menschen vor allem dazu benutzt, das bessere Deutschland, die bessere Nation im Spiegel der Verbrechen zu finden. AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen, Deutsche und immer wieder Deutsche, die sich anständig verhalten hatten, suchte der progressive Blick. Andere wieder bedrängten die Opfer und ihre Nachfahren mit philosemitischer Eiferei und legten sich eine Klezmerplattensammlung zu. Besonders geschmackvoll war die Deutsche Bundesbahn - sie nannte einen Intercity Anne Frank.

...Abschied von der deutschen "Schuldversessenheit"

Da auch die Konservativen nicht mehr an der Nazivergangenheit und ihren Opfern vorbeikamen, gemeindeten sie für ihr Projekt, die geistige und kulturelle Hegemonie wieder zu erlangen - Kohl nannte das bei seinem Amtsantritt 1982 "geistig - moralische Wende" - die Opfer sinnstiftend in die Nation ein. So besuchte Kohl 1985 zusammen mit US - Präsident Reagan morgens die KZ - Gedenkstätte Bergen - Belsen und nachmittags die Soldaten - und SS - Gräber in Bitburg, deutsche Täter und Opfer werden selbstbewußt vor der Weltöffentlichkeit gleichgesetzt. "Im Tod sind wir alle gleich" - brachte es Alfred Dregger 1986 auf den Punkt. Nach dem Mauerfall am 9. November 1989 hatte das wiedervereinigte Deutschland wieder einen 9. November, der gefeiert werden konnte. Damit das unbeschwert von deutscher Schuld und Verbrechen geschehen konnte, wurden die DDR Bürger als "Opfer zweier Diktaturen" der deutschen Opferliste hinzugefügt und gleichzeitig Auschwitz und der Holocaust relativiert. Politiker und willige konservative Historiker bezeichnen dies als Normalisierung und Abschied von der deutschen "Schuldversessenheit". Die Umdeutung und Entschuldung der deutschen Geschichte und die "Normalisierung" der neuen deutschen Nation wurde 1993 mit der pompösen Einweihung der "Neuen Wache" in Berlin, der "Zentralen deutschen Gedenkstätte" weiter voran getrieben. In ihr soll allen Toten des Nationalsozialismus, den Opfern und den Tätern und " derjenigen Männern und Frauen, die verfolgt und ermordet wurden, weil sie sich totalitärer Diktatur nach 1945 widersetzt haben" gedacht werden. Bautzen gleich Auschwitz, die Grenztruppen der DDR als moderne KZ- Wächter - Deutschland ein einig Volk von Opfern, zwingt seine ermordeten Stiefkinder, die Juden und Jüdinnen, zurück in seine Reihen.

"Moralkeule"

Auch die öffentliche Diskussion um das geplante Holocaust- Mahnmal in Berlin dreht sich nicht um die jüdischen Opfer der deutschen Nation, sondern in erster Linie um sie selber. Es wird gestritten, ob die "selbstbewußte Nation" noch ein Mahnmal ihrer Verbrechen braucht, um vor der Weltöffentlichkeit zu bestehen, oder die Schuld von Auschwitz längst als abgegolten und bewältigt gilt und man es nicht mehr nötig hat, sich mit der **"Moralkeule" belästigen zu lassen.**

Aus den gesellschaftlich anerkannten Vertretern der jüdischen Gemeinde werden schnell wieder "die Juden", wenn diese sich in innenpolitische Belange der deutschen Nation einmischen. Als Andreas Nachama den rassistischen Säuberungswahn des Innensenators Jörg Schönbohm, der Deutschland durch Ausländerghettos überfremdet wähnt, als das bezeichnete was er ist, nämlich dumpfe, völkische Blut und Boden Hetze, wurde dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde beschieden, doch deutsch zu reden, das heißt, besser den Mund zuhalten.

Daß auch der stinknormale Antisemitismus nach wie vor gesellschaftsfähig ist, zeigt das brandenburgische Dörfchen Gollwitz. Der antisemitische Aufstand der DorfbewohnerInnen gegen die Unterbringung von russischen Juden und Jüdinnen stieß allenthalben auf Verständnis. 60 Fremde seien natürlich unzumutbar, der offensichtliche Antisemitismus ein Problem, um das man sich "keine großen Sorgen machen" müsse. " Die Herrschaften in London oder sonstwo" könnten sich ihre Ratschläge sparen, tönte Ministerpräsident Stolpe.

Auschwitz ist nicht Vergangenheit.
Deutschland bleibt gefährlich.

Sorgen wir dafür, daß Auschwitz mahnender Bezugspunkt jeder deutschen Politik bleibt.



Linksradikale wagen sich erneut „in Feindesland"

Aufmarsch gegen rechten Jugendklub in Königs Wusterhausen

VON FRANK JANSEN

KÖNIGS WUSTERHAUSEN. Etwa 400 Linksradikale aus Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben gestern gegen „faschistische Strukturen in Königs Wusterhausen und anderswo" demonstriert. Die jungen, vorwiegend schwarzgekleideten Protestierer folgten einem Aufruf zahlreicher Gruppen der Antifa-Szene. Dominiert wurde die Demonstration von den Mitgliedern der „Antifaschistischen Aktion", die in ihrem „Kampf gegen Nazis" dem Vorbild der KPD aus der Zeit der Weimarer Republik nacheifert.

Die „Antifaschistische Aktion" hatte im letzten Jahr eine martialische Kundgebung am Rande von Dolgenbrodt veranstaltet. Einer ihrer Sprecher stigmatisierte damals vom Lautsprecherwagen aus das Dorf als „Feindesland". Derselbe Linksradikale stand auch gestern am Mikrophon. Königs Wusterhausen sei gleichfalls „Feindesland", äußerte er vor den Demonstranten. Immerhin gebe es hier aber einige Jugendliche, die sich dem linken Protest angeschlossen hätten.

Mit einem massiven Aufgebot begleitete die Polizei den Demonstrationszug. Die Beamten versuchten schon vor dem Protestmarsch, rechte Jugendliche vom Bahnhof, dem Treffpunkt der Linken, fernzuhalten. Etwa 20 Personen erhielten Platzverweise. Zwölf Linke und zwei Rechte wurden in Gewahrsam genommen.

„Normalbürger" ließen sich kaum blicken. In den letzten Wochen waren Einzelhändler gegen die Demonstration Sturm gelaufen. Auch die örtliche PDS distanzierte sich von den jungen Antifaschisten. Die befürchteten Krawalle blieben jedoch aus, nach Abschluß der Demonstration kam es zu Rangeleien. Ein Beamter sei mit einem Stock angegriffen worden, hieß es bei der Polizei. Diese ging nicht gerade zimperlich gegen Demonstranten vor und nahm acht Personen fest.

Anlaß für die Reise der Linken nach Königs Wusterhausen war außer den braunen Machenschaften im Ort der Protest gegen den von der Arbeiterwohlfahrt betriebenen Jugendclub „Oase", der von Rechten beherrscht wird. Die Demonstranten prangerten das Konzept der „akzeptierenden Sozialarbeit" an. Ein Linker: „Diese Strategie gegen Nazis ist völlig fehlgeschlagen und hat den Aufbau von faschistischen Strukturen gefördert."

Von einem Trio rechter Mädchen, das sich zum Bahnhof getraut hatte, wurde der Vorwurf lapidar bestätigt: Alle Jugendclubs in Königs Wusterhausen seien in der Hand ihrer Szene. Die Linken hätten nur im nahegelegenen Zeesen „dat Zeckenschloß". In dem Örtchen ist die einstige Gründgens-Villa besetzt. Sie war mehrmals Ziel rechtsextremer Anschläge, einmal auch mit Schußwaffen.

DER TAGESSPIEGEL

SONNTAG, 18. OKTOBER 1998



STADTANZEIGER- Mörfelden/Walldorf

10. SEPTEMBER 1998

Brandanschlag auf Skibbas BMW

Das Auto des Kreistagsabgeordneten der Republikaner und Rep-Bundestagskandidaten Uwe Skibba wurde in der Nacht zum Freitag im Frontbereich von Unbekannten angezündet. Das brennende BMW-Cabrio wurde gegen 2.15 Uhr von einer Anwohnerin der Polizei gemeldet, die alarmierte die Walldorfer Feuerwehr.

Der von seinem Vermieter verständigte Autobesitzer Skibba und Nachbarn versuchten unterdessen das Feuer zu löschen, doch dies gelang erst der Feuerwehr. Das Feuer beschädigte einen zweiten Wagen am Heck. Der Schaden wird auf 20.000 Mark geschätzt. Auf den Gehweg war mit schwarzer Farbe das Wort „Nazi-Sau" gesprüht worden.

Als „kriminellen Akt" verurteilen die Sozialdemokraten der Doppelstadt den Brandanschlag auf das Auto des Rep-Vorsitzenden. Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Vorndran bekräftigte, Gewalt sei und könne kein Mittel der Politik sein. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit den menschenverachtenden Zielen der Rechtsradikalen sei dagegen notwendig und von allen demokratischen Kräften zu führen.



Der beschädigte BMW des Rep-Politikers wurde nach dem Brandanschlag auf den Hof der Polizei gebracht. Foto: Braungart

Der „als ‚Antifaschismus' getarnte Linksextremismus hat einmal mehr seine Fratze gezeigt", heißt es in einer Pressemitteilung der rechtsextremen Partei zu dem Anschlag. Skibba macht darin diejenigen für die Zerstörung seines Wagens verantwortlich, welche die Reps „als vermeintliche Neo-Nazis und Faschisten für die Terrorkommandos der extremen Linken zum Abschuß freigegeben haben".

Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen, hat über Motive und Hintergründe der Tat jedoch noch keine Erkenntnisse. (fho/sy)

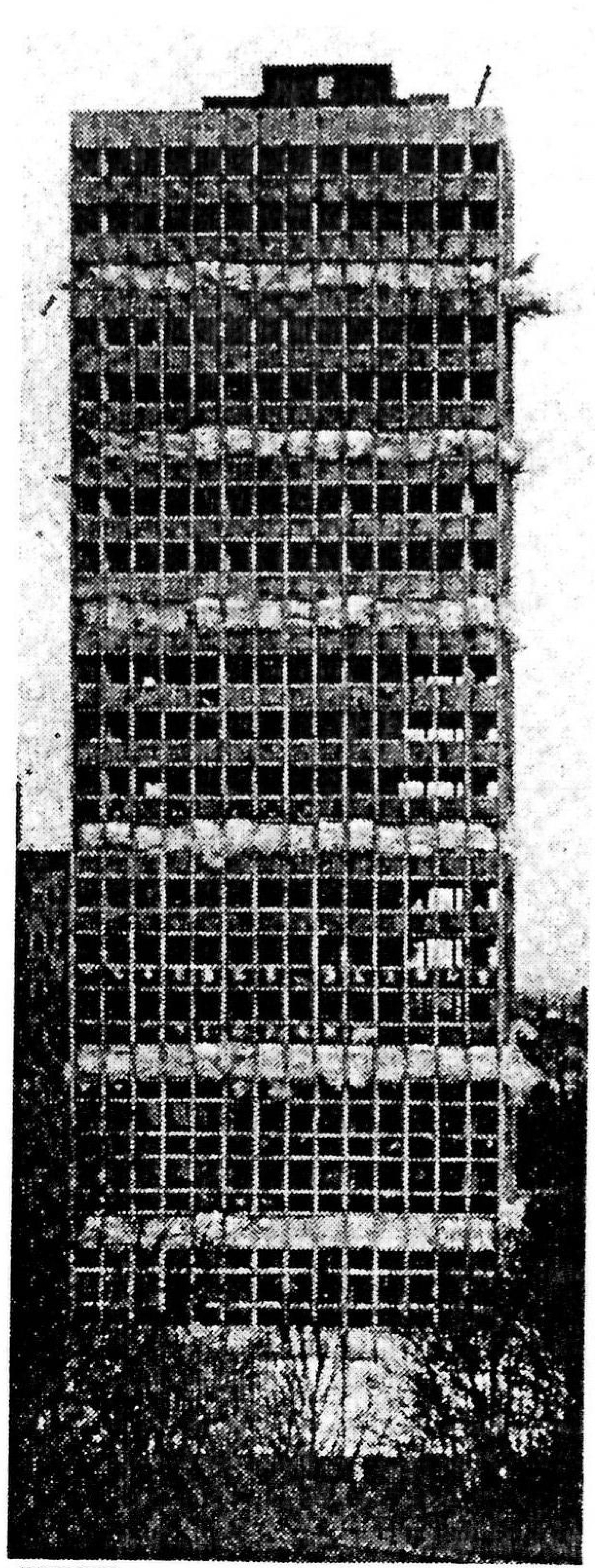
0. Vorrede

Der folgende Beitrag wurde von uns nicht zuletzt unter dem Eindruck des 19.9. in Rostock verfaßt. Der Text umfaßt im Prinzip zwei Dimensionen, die zuersteinmal unabhängig voneinander zu lesen sind. Zum einen beschäftigen wir uns mit der staatlichen Politik gegen konkrete antifaschistische Aktionen auf der Straße und die Konsequenzen, die sich für uns und unsere Praxis daraus ergeben, zum anderen wollen wir einen weiteren Beitrag zur Diskussion über langfristige Strategien in der antifaschistischen Bewegung leisten.
Diese beiden Aspekte sind ganz offensichtlich von unterschiedlicher Reichweite; dennoch meinen wir, daß jeder für sich Gegenstand weiterer Diskussionen werden muß.

1. never trust a (smiling) cop. Der 19.9 war weder die Regel, noch die Ausnahme

Oft wird in den Diskussionen um die aktuellen Bedingungen antifaschistischer Demonstrationen (gegen Naziaufmärsche) von einer im großen und ganzen einheitlichen Entwicklung ausgegangen. Diese Entwicklung zeichne sich in polizeitaktischer Hinsicht durch immer massivere Bullenaufgebote aus, deren Einsatz flankiert werde durch politische Strategien der Gleichsetzung von Antifas und Nazis als Mob gleichermaßen gewalttätiger Extremisten. Diese Sichtweise - etabliert nach den Ereignissen von Saalfeld Ende letzten Jahres - wird durch den Ablauf in Rostock am 19.9 sicherlich weitere Nahrung erhalten.
Unterschlagen wird dabei zuerst einmal, daß die Szenarien, die in der Diskussion in einen Zusammenhang gestellt werden, oft sehr unterschiedliche Hintergründe haben. So war Saalfeld keine Demonstration gegen einen Naziaufmarsch, sondern der von einem breiten Bündnis getragene Versuch, die regionale Kumpanei von Nazis und bürgerlichen Kreisen öffentlich zu machen und anzugreifen. Nicht diese inhaltliche Ausrichtung, sondern die Erscheinungsform, mit der an diesem Ort auf antifaschistischen Protest reagiert wurde, ist zum Ausgangspunkt antifaschistischer Debatten geworden. Diese Feststellung ist nicht ganz unwichtig, weil es doch erhebliche Unterschiede gibt zwischen dem Verbot einer antifaschistischen Demonstration, die ja in erster Linie politische Inhalte transportiert und dem Verbot respektive der Behinderung einer antifaschistischen Demo, die sich gegen einen Naziaufmarsch richtet und damit eine ganz konkrete praktische Option einlösen will.
Bei diesem Unterschied ist es trotzdem legitim, antifaschistische Mobilisierungen hinsichtlich der von uns angesprochenen Aspekte im allgemeinen zu betrachten, weil einige Beobachtungen eben verallgemeinerbar sind.

In diesem Zusammenhang ist dies vor allem die Frage, inwieweit die unbestrittene Militarisierung des Polizeiapparates und die Stigmatisierung antifaschistischen Protests in der Öffentlichkeit sich tatsächlich bundesweit einheitlich vollzieht.
Bei allen Indizien, die dafür sprechen mögen, neigen wir resümierend aus den antifaschistischen Mobilisierungen der letzten Monate zu einer verhalteneren oder differenzierteren Einschätzung, nicht zuletzt um noch vorhandene Spielräume, die sich uns in den unterschiedlichen Strategien von Behörden und Polizei bieten, besser ausloten zu können.
Den Bullenszenarien, wie wir sie in unterschiedlicher Ausprägung in Saalfeld, in Lübeck und zuletzt in Rostock erleben mußten, stehen nämlich weiterhin Erfahrungen aus der jüngsten Zeit entgegen, wo die Dinge etwas anders gelagert waren. Beispiele hierfür wären Göppingen und Münster, mit Abstrichen sicherlich auch Leipzig. Wir werden darauf im folgenden näher eingehen.



Rostock fügt sich in eine Reihe von Niederlagen, wie sie in der Geschichte des autonomen Antifaschismus keinesfalls neu sind, sondern uns seit den 80er Jahren begleiten. Uns wurde durch ein perfekt eingestimmtes und eingesetztes Großaufgebot der Polizei jeglicher Spielraum genommen, um überhaupt agieren zu können. Dies gilt für militante Kleingruppenaktivitäten wie auch für die (autonome) Demonstration selbst. Das Bullenkonzept war darauf ausgelegt, die räumliche Kontrolle in der gesamten Stadt auszuüben, um jegliche Konfrontation zwischen uns und den Nazis zu verhindern. Zu Hilfe kam ihnen dabei auch die vorteilhafte geographische Lage des Aufmarschortes, die es erlaubte, die Nazis an der Stadt vorbei direkt über einen Autobahnzubringer hineinzueskortieren. Der Rest, also die Absperrung von drei Straßen, war eine reine Routineangelegenheit. So weit so schlecht, aber weder neu noch besonders einfallsreich.
Damit hätten es die Bullen gut sein lassen können, das spezifische des Einsatzes war aber, daß sie genau das nicht getan haben. Insofern beinhaltete die Bullentaktik auch eine umfassende Kontrolle über die Antifas, die sich im Stadtgebiet aufhielten. Unabhängig vom Aufenthaltsort wurden so größere Ansammlungen sofort aufgelöst. Der Antifa-Demonstration wurde darüber hinaus untersagt, sich überhaupt in die Richtung des faschistischen Aufmarsches zu bewegen.
Die Taktik, die sich in Bezug auf die dennoch formierte Demo in Richtung Dierkow zeigte, verfolgte das Konzept der völligen Demoralisierung. Als Wanderkessel wurden die Antifas einige Stunden durch Rostock geführt, eskortiert von ausgesprochen aggressiven und selbstsicheren Bullen, angesichts deren Auftretens die appellierenden Ansagen aus dem Lautsprecherwagen gänzlich zur Realsatire verkamen. Unsere Demonstration war nämlich in erster Linie davon gekennzeichnet, daß sie von den meisten Leuten schnell verlassen wurde. Angesichts einer Restdemo von zuletzt noch vielleicht 600 Leuten nicht nur die Bullen kontinuierlich weiter aufzufordern, doch bitteschön jetzt mal zu gehen, sondern auch weiterhin die Forderung aufrechtzuerhalten, uns nach Dierkow zu lassen (wo - wir erinnern uns - gerade 3500 Nazis am marschieren waren), kann jedenfalls nicht ernstgemeint sein oder zeugt von erheblichem Realitätsverlust über die vor Ort herrschenden Kräfteverhältnisse. Insofern ist die Tatsache, daß man uns nicht nach Dierkow läßt, auch kein "politischer Skandal", wie es aus dem Lautsprecherwagen hieß, sondern höchstens die Realität, die wir kennen, seit es autonomen Antifaschismus gibt, der sich den Nazis direkt in den Weg stellen will. Wenn es einen "politischen Skandal" gab, dann lag er jedenfalls woanders.
Wie dem auch sei, unsere politischen und strategischen Beiträge waren den Bullen jedenfalls ganz offensichtlich egal und sie waren sich sehr wohl darüber im klaren, daß wir ihnen nichts entgegenzusetzen hatten. Dies äußerte sich wie gesagt in ihrem Auftreten wie auch in scheinbar grundlosen Prügel- und Festnahmeaktionen.

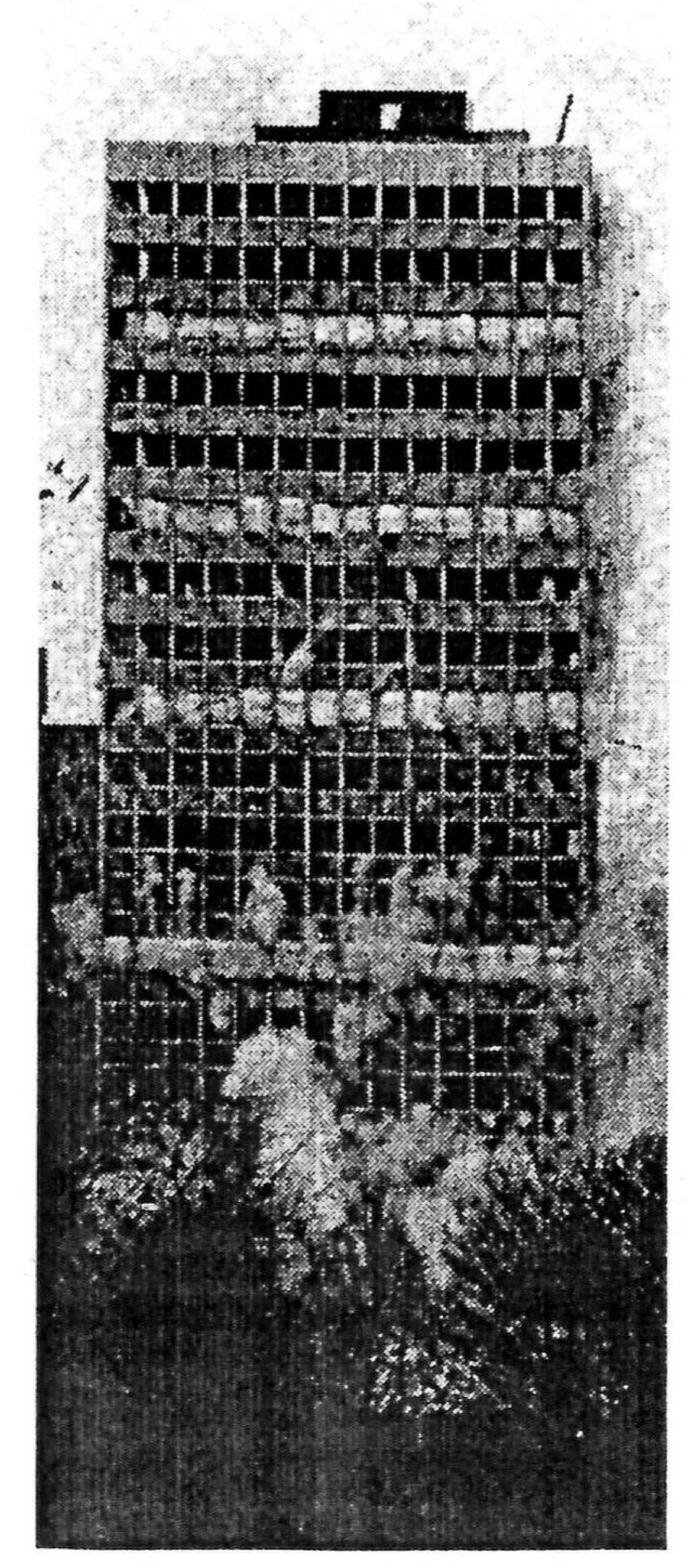
Im Gegensatz zu Leipzig, um eine antifaschistische Mobilisierung ähnlicher Größenordnung zu bemühen, handelte es sich also um ein Konzept, das nicht nur die räumliche Trennung zwischen uns und den Faschos zum Ziel hatte, sondern präventiv jeglichen antifaschistischen Aktionismus durch Zermürbung zu verhindern suchte.
In Leipzig beließ es das Bullenaufgebot dabei, die Nazis hermetisch abzuschirmen. Ihr Konzept trug dabei vor allem dem äußeren Umstand Rechnung, daß es am 1. Mai nicht möglich gewesen ist, mehr Einsatzkräfte nach Leipzig zu dirigieren. Das, was dort also passierte, war offensichtlich in das Bullenkalkül eingerechnet: Dutzende beschädigte Nazibusse, wie auch eine Vielzahl verprügelter Nazis haben wir somit auch dem Polizeikonzept zu verdanken, im besten Fall organisatorischen Fehlplanungen im Bullenapparat.

Durch genau diese Taktik (oder das organisatorische Chaos) ergaben sich für Antifas einige Spielräume, die relativ gut genutzt werden konnten. Die Nazis konnten zwar nicht entscheidend gestört werden, aber ihre An- und Abreise gestaltete sich durch aktive antifaschistische Mithilfe mitunter unbequem. Die Antifas konnten sich in größeren Gruppen versammeln, ohne von den Bullen sofort auseinandergescheucht zu werden, und last but not least, wir und die Medien bekamen sogar noch eine Straßenschlacht, die alle toll fanden und niemandem wehtat (außer den Antifas, die von den eigenen Leuten Steine an den Kopf bekamen).
Nichtsdestotrotz zeigte sich auch die Leipziger Bullenführung nach dem Großeinsatz nicht weniger zufrieden als jetzt ihre Rostocker Kollegen. Schließlich war es ihnen ebenfalls gelungen, das Aufeinandertreffen einiger tausend politischer GegnerInnen zu unterbinden.

Diese unterschiedlichen Konzepte können unseres Erachtens auch aus Sicht der Bullen nicht mit den Kategorien "gut" und "schlecht" miteinander verglichen werden. Für Leipzig war das beschriebene Bullenkonzept mindestens ausreichend, wenn nicht aufgrund der örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten das einzig denkbare, in Rostock durfte es ein bißchen mehr sein.
Die Faktoren, über die sich die Charakteristika eines Polizeieinsatzes bestimmen, sind eben zahlreich.
In Rostock standen die Wahlparteien aufgrund des laufenden Wahlkampfes auch unter dem Druck, sich als wahre und kompetente Hüter von Recht und Ordnung zu inszenieren.
Hinzu kommt ein Faktor, den wir regionale Verfaßtheit nennen, also die Frage, wie die vor Ort politisch Verantwortlichen (auch untereinander) agieren, wie die öffentliche Stimmung gelagert ist. Es handelt sich also um ein Konglomerat allgemeiner politischer und gesellschaftlicher Stimmungen und Tendenzen, die auf die regionalen Entscheidungs- und Handlungsstrukturen treffen und sich mit der Bulleneinsätzen eigenen Dynamik von Befehlsgewalten auf verschiedenen Ebenen vermischen.
Insofern würden wir behaupten, daß es auch zukünftig - selbst unter dem Eindruck eines reibungslosen Einsatzes dieser Art - keinesfalls zwangsläufig zu identischen Bulleneinsätzen kommen wird. Dies gilt im übrigen auch für die Entscheidungen der Gerichte, die in der jüngeren Vergangenheit fast ausnahmslos an allen Genehmigungs- und Verbotsmaßnahmen für Antifa- und Nazidemos beteiligt waren und sie mit sehr unterschiedlichen Auflagen ausstatteten.

Es geht also mehr um Tendenzen! Diese allgemeine Tendenz wollen wir noch einmal verdeutlichen: Im Zuge einer gesellschaftlich umfassenden Sicherheitsoffensive aus dem Staatsapparat, der sich in der Diskussion und Anwendung immer neuerer, immer absurder erscheinender Gesetze niederschlägt, wird sich auch der Charakter von Großeinsätzen ändern. Dies ist wohl unstrittig.
Mittlerweile werden vorhandene sicherheitspolitische Instrumentarien zunehmend ausgeschöpft, sei dies der Unterbindungsgewahrsam oder die Einsetzung von Schnellgerichten, die den gewünschten Einschüchterungseffekt mitsich bringen sollen. Von örtlichen und politischen Gegebenheiten hängt dann nur noch die konkrete Umsetzung ab, also auch die Frage, wie unverhohlen bestehende Rechtsstandards einfach mißachtet werden.

Diese Sicherheitsoffensive, mitsamt ihrer rigorosen praktischen Umsetzung gegen gesellschaftlichen Widerspruch, trifft dabei auf eine immer besser ausgerüstete Polizei.
Das heißt, dort wo uns im Rahmen von Demos keine Freiräume gewährt werden, ist es zunehmend schwierig, diese Freiräume selbst zu erkämpfen. Die neuen Bullenformationen, die uns in der jüngeren Vergangenheit vornehmlich als Sondereinheiten entgegentraten, werden zunehmend zum Standard. Im Regelfall handelt es sich um Bullen, die nicht mehr behäbig mit ihren Schildern in der Gegend rumstehen, sondern gut ausgerüstet und hochmotiviert gerne und schnell zuschlagen.
Diese Einheiten sind, das hat Rostock sicherlich auch noch einmal bewiesen, mit unseren herkömmlichen Mitteln der Militanz kaum mehr zu knacken. Schlimmer noch, so entschlossen wir auch immer auftreten mögen, es beeindruckt sie kaum noch. Warum sollte es auch?
Die in Rostock an der Demo agierenden Bullen konnten somit im großen und ganzen machen was sie wollten: In die Demo reinspazieren, Leute rausgreifen und entstehende Gegenwehr mit einer kurzen Prügeleinlage disziplinieren. Dies - gekoppelt mit der spezifisch deutschen Taktik überproportionierter Bullenstärke - nimmt weiteren Raum zum Handeln und macht vor allem ohnmächtig.
Verstärkt werden solche Szenarien noch durch regionale Gegebenheiten. So gebärden sich bestimmte Bulleneinheiten oftmals noch skrupelloser und selbstsicherer, weil ihnen die (historische) Erfahrung, selber einmal weglaufen zu müssen, gänzlich fehlt. Dies gilt vor allem für bayrische Bullen, deren Ruf ja nicht ausschließlich mythisch hergeleitet ist, wie auch sicherlich für Einheiten aus Ostdeutschland.



Daraus folgt für uns:
Aus eigener Stärke kann die antifaschistische Bewegung sich in der Regel nicht mehr im Rahmen von angemeldeten Demonstrationen, also allgemein einschätzbaren Situationen, gegen die Bullen durchsetzen. Möglichkeiten entstehen nur noch, wenn ihre eigenen Einsatzkonzepte derart zugeschnitten sind, daß im Sinne von Aufwand-Nutzen-Rechnungen Spielräume für uns entstehen oder bei ihnen selbst das Chaos herrscht. Das war in Leipzig der Fall, in Rostock nicht.
Aus dieser Überlegung heraus müßte eine Umorientierung stattfinden, die dem offenen Konflikt mit den Bullen auszuweichen versucht. Das heißt, wenn eine Demonstration zum Ort der Nazis nicht durchsetzbar erscheint - und dies hat sich in Rostock recht schnell herausgestellt - sollte darauf weder praktisch noch symbolisch länger bestanden werden. Zumal sich in Rostock gezeigt hat, daß auch eine Demonstration, die nicht mehr die Nazis zum Ziel hat, zum willenlosen Spielball der Bullentaktik werden kann. Die Demonstration hätte also spätestens in dem Moment aufgelöst werden müssen, als klar wurde, daß die Bullen gewillt sind, mit uns zu machen, was sie wollen.
Ob es dann möglich gewesen wäre, anders zu agieren, ist dabei nicht die entscheidende Frage. Wir hätten uns zumindest Luft verschafft, darüber nachzudenken und es womöglich auszuprobieren.
Auch andere Szenarien sind dabei durchaus denkbar, dies ist dann eine Frage der Orientierung:
Ob wir uns nach einer solchen Erfahrung in Kleingruppen an den Bullen abarbeiten wollen, was ja zweifelsohne möglich ist, weil sie nicht immer und überall mit einer Großarmee rumstehen, ob wir in der Stadt möglichst viel Schaden anrichten wollen um den politischen Preis in die Höhe zu treiben oder ob wir die direkte Konfrontation mit den Nazis am Rande oder bei Abfahrt suchen wollen. All dies wird sich daran messen lassen müssen, ob es uns gelingt, dem großen Bullenkontingent auszuweichen. Das ist die taktische Dimension, alles andere wäre eine Frage der politischen Einschätzung.

In den Bereich politischer Einschätzung gehört dabei auch die Frage nach Bündnissen. Rostock hat gezeigt, daß

auf dem Papier bestehende Bündnisse herzlich wenig wert sind, wenn der eine Teil in Rostock-Lichtenhagen - also in deutlicher Entfernung zu den Nazis - ein Fest feiert, während die autonomen Bündnispartner, die weiterhin direkt zu den Nazis wollen doch nur unter sich bleiben und somit auch als Teil des Bündnisses keinen nennenswerten Schutz genießen. Ein Bündnis mißt sich deshalb nicht nur an seiner Stärke, unterschiedliche Strategien nach außen hin auszuhalten, sondern auch an seiner Fähigkeit, sie direkt mitzutragen.

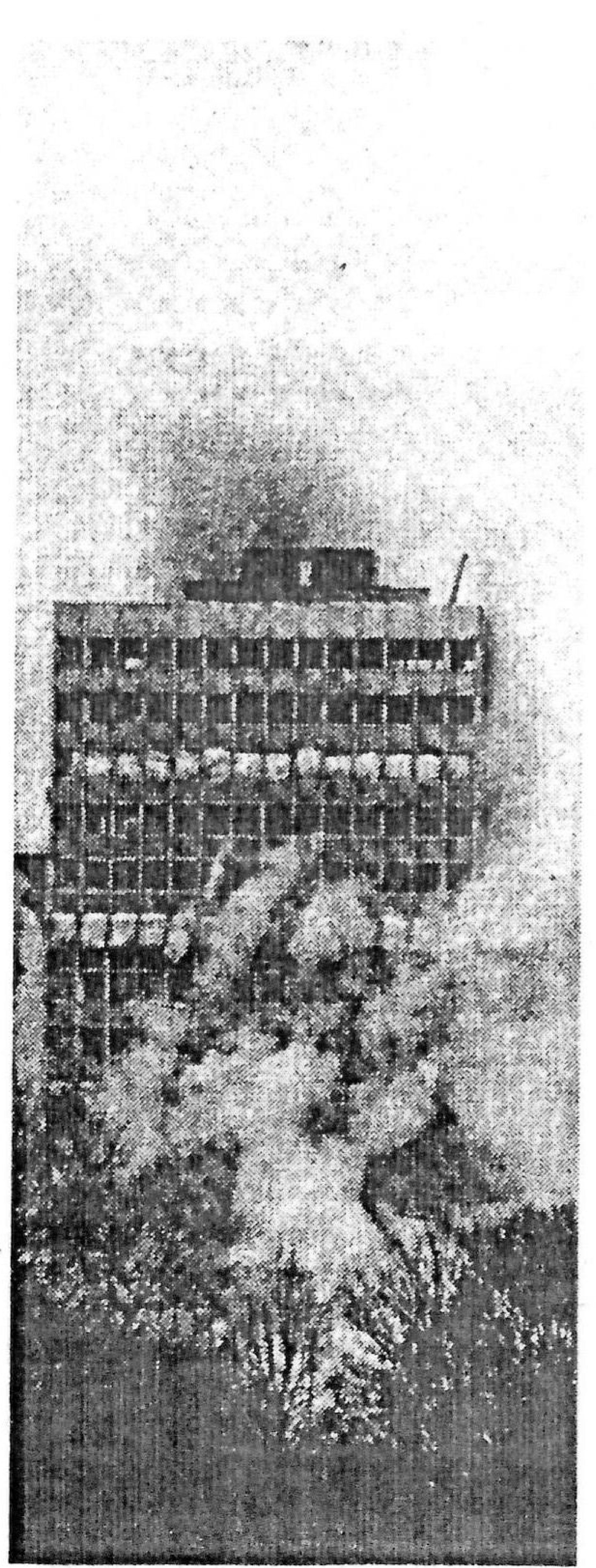
2. the day the nazi dies. Antifa im Westen ist ungleich Antifa im Osten

Vielleicht sind die Antifamobilisierungen in der letzten Zeit kleiner geworden. Allerdings bleibt festzuhalten, daß die Zahl der zu ver- oder behindernden Naziaufmärsche auch rapide gewachsen ist. Viel wesentlicher scheint zu sein, daß wir uns mittlerweile oft weder auf ein liberales, bürgerliches Umfeld beziehen können - das, wenn überhaupt, in räumlicher Distanz zu den Nazis auf die Straße geht -, noch auf eine gesellschaftliche Situation, in der wir ein wenig Rückenwind haben. Eher das Gegenteil ist der Fall, wobei wir dabei von erheblichen Unterschieden zwischen der Situation im Osten und der Situation im Westen ausgehen würden.

10 Jahre nach der "Wende" haben die Nazis auch im Westen an Stärke gewonnen. Ihre Aufmärsche sind zahlreicher geworden, die Zahl der teilnehmenden Personen ist gestiegen, die Zahl der Anschläge und Angriffe auch. Rassismus äußert sich mittlerweile unverhohlen bis in die "gesellschaftliche Mitte" hinein, das faschistische Wählerpotential ist zwar nicht stabilisiert, aber insgesamt aktiviert. Allerdings spielen sich die Prozesse weiterhin vor dem Hintergrund einigermaßen stabiler gesellschaftlicher Strukturen ab. Was offen faschistische Bewegungen angeht, so sind gesellschaftliche und regionale Bereiche, in denen Nazis oder faschistische Subkulturen ihren Machtanspruch umsetzen, Ausnahmen.

Im Osten hingegen gelingt es den Faschisten, wesentlich mehr Anhänger in ihren regionalen Mobilisierungen auf die Straße zu kriegen. Sie verbuchen dort im Fahrwasser einer sich aggressiv gebärdenden völkischen Grundstimmung vor allem unter Jugendlichen beinahe erdrutschartige Mobilisierungserfolge. Ihre militanten Ausdrucksformen, die sich vom Westen unterscheiden, sind nicht in dem Maße marginalisiert. An der Basis sind sie oftmals ein nicht mehr wegzudiskutierender Faktor in der politischen Willens- und Meinungsbildung geworden und dominieren in vielen Städten und Bereichen vielfach unwidersprochen politische und kulturelle Diskurse; auf der Straße wird dieser Herrschaftsanspruch symbolisch und praktisch nachvollziehbar umgesetzt.
3500 Nazis, die in Rostock ungehindert marschieren senden vor diesem gesellschaftlichen Background das Signal aus, das die Straße tatsächlich gewonnen ist. Sie demonstrieren nicht nur für Führer, Volk und Vaterland, sie demonstrieren, daß es ohne Risiko bleibt, mit dieser Gesinnung auf den Straßen zu marschieren. Das psychologische Signal, das sie dabei an all jene aussenden, die längst zu schwach sind, sich zu wehren und sich deshalb in den rechten Mainstream einpassen, ist fatal. Denn Nazis sind gefährlich, Nazis ohne Angst sind noch gefährlicher.
Auch in der Psychologie der Faschisten und ihrer potentiellen Sympathisanten, die nicht einmal mehr Widerstand wahrnehmen, ist dies ein entscheidender Faktor, demonstriert er im Kampf um die Vorherrschaft auf der Straße doch tatsächlich reale Erfolge und zieht somit weitere Menschen an.

Wie wir schon erwähnt haben, ist im Westen diese Entwicklung in der Form nicht zu beobachten. Dies begründet sich nicht nur durch eine andere Bevölkerungsstruktur mit ihrem größeren Anteil an ImmigrantInnen, sondern auch durch eine spezifische Geschichte des Westens, in deren Verlauf sich linke und linksliberale Milieus überhaupt herausbilden konnten.



Im Osten Deutschlands fehlt dieses Korrektiv fast gänzlich, nicht zuletzt eben resultierend aus einer anderen gesellschaftlichen Entwicklung und dem massiven Bruch der gesellschaftlichen Wirklichkeit vor 10 Jahren. Das Potential, das den Nazis in der direkten Konfrontation oder in der Kleinarbeit an der Basis etwas entgegensetzen könnte, ist schwach entwickelt - mit Ausnahme weniger regionaler Zentren, in denen es tatsächlich gelingt, den Einfluß der Faschos gering zu halten. Dieser Aspekt muß von der antifaschistischen Bewegung wahrgenommen und verstärkt diskutiert werden, weil sich anhand der Unterschiede auch unterschiedliche antifaschistische Strategien entwickeln müssen.

Wenn der sozialen Etablierung, die rassistische und offen faschistische Positionen im Osten zunehmend haben, ohne das sie direkt von organisierten Faschisten abgeschöpft werden müssen, im Westen weiterhin eine relative Stigmatisierung entgegensteht, dann ist dies ein Umstand, an dem wir uns orientieren müssen.
Um es noch einmal zu verdeutlichen:
Es geht nicht um rassistische Grundstimmungen, die es im Westen wie im Osten gleichermaßen gibt. Es geht nicht darum, den strafenden Finger Richtung Osten zu erheben, sondern es geht um die simple Feststellung, daß wir es mit unterschiedlichen Ausformungen rassistischer Mobilisierungen zu tun haben.
Die antifaschistische Bewegung muß zunächst einmal überhaupt wissen, wovon sie spricht: Redet sie von einer rassistischen Politik, die sich bundesweit einheitlich vollzieht, von einer Form bürgerlichen Rassismus, der Flüchtlinge von der Teilhabe an dieser Gesellschaft ausschließt oder redet sie von einer völkischen Mobilisierung, die ihren radikalen Ausdruck unter Jugendlichen findet?
Wenn wir von letzterem sprechen, dann müssen wir eben auch sagen, daß die Regionen und Städte, in denen sich "ausländisch" aussehende Menschen, linke Jugendliche und Angehörige verschiedener Subkulturen nicht mehr auf die Straßen trauen können, in Ostdeutschland liegen.

Eine nötige Diskussion erfordert somit zwei Differenzierungen. Zum einen die zwischen dem im bürgerlichen Staat vermittelten Rassismus und einem Rassismus, der sich auf der Straße mörderisch austobt, zum anderen die obengenannte Trennung zwischen den realen Zustandsformen faschistischer Bewegungen im Osten und Westen. Diese Differenzierungen vorzunehmen, ist wichtig. Geschehen ist dies aber solange nicht, wie auf Demos gegen Naziaufmärsche Parolen wie "Hinter dem Faschismus steht das Kapital" gerufen werden oder in ganz offensichtlich verlorenen Gebieten die Unterstützung einer vor Ort längst nicht mehr vorhandenen antifaschistischen Jugendszene zum Programmpunkt antifaschistischer Arbeit erhoben wird.
In einem abstrakten Sinne ist es sicherlich nicht ganz falsch, die Zusammenhänge zwischen bürgerlicher kapitalistischer Herrschaft und der Existenz faschistischer Bewegungen zu denunzieren, im Zusammenhang einer faschistischen Bewegung, die ganz und gar nicht im Sinne des bürgerlichen Staates ganze Regionen zu "national befreiten Zonen" reklamiert, führt diese Strategie aber in die völlige Orientierungslosigkeit, zumal ja auch die Nazis im Osten sich als antikapitalistische Kraft inszenieren.

Während sich die BFB's, Stoibers und andere nämlich mit ihrem neoliberalen bürgerlichen Rassismus systemimmanent geben und es auch sind, ist es das braune Jungvolk im Osten nicht.

3.
doing the right thing? Was tun, wenn der Aufmarsch mal wieder nicht verhindert wurde?

Es ist bezeichnend, daß der einzige einigermaßen geistreiche Kommentar zum Nazi-Aufmarsch in Rostock von einem ausgewiesenen Soziallaberer, nämlich Eberhard Seidel-Pielen kam, der am 21.9. in der taz feststellte, daß die Nazis nicht von der ostdeutschen Zivilgesellschaft aufgehalten werden können. Ob das stimmt oder nicht, es macht wenigstens Sinn, darüber nachzudenken. Seidel-Pielen forderte die ernsthafte Überlegung, "Re-Education" zu betreiben oder - wenn es ein muß - über wirtschaftliche Sanktionierungen nachzudenken. Lassen wir die typische westliche Arroganz dieses schwer aufgeklärten Linksliberalen mal beiseite, müssen wir allerdings feststellen, daß der Mann dort recht hat, wo er konstatiert, daß das Problem massenhaft auftretender militanter Neonazis tatsächlich ein ostdeutsches Problem ist, das von den wenigen "Linken" nicht gelöst werden kann.
Allemal hat er interessantere Aspekte in die Diskussion eingebracht, als bspw. die FR, deren Kommentator sich darüber freute, daß Rostock-Lichtenhagen für einen Tag zu einer "liberal befreiten Zone" geworden ist. So weit sind wir schon, und wenn dies die Verfaßtheit selbst des linksliberalen Bürgertums widerspiegelt, deren Sprachorgan die FR ja nun einmal ist, dann ist es allerdings höchste Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, wie die antifaschistische Bewegung denn mit diesem auf uns zurollenden Problem umzugehen gedenkt.



Diese Frage stellt sich natürlich zum einen weiterhin bei der konkreten Verhinderung (oder seien wir mal bescheiden: Behinderung) von Naziaufmärschen. Das heißt, mit welchen Strategien werden wir dies auch zukünftig versuchen und was lernen wir daraus, zum Beispiel am 19.9. böse aufgelaufen zu sein? Zum anderen umfaßt es die Frage, wie es auch zukünftig möglich sein kann, die militante Option einzulösen - eine Option, die wir dringend wieder einfordern.
Auf einer anderen Ebene brauchen wir eine Diskussion darüber, wie wir jenseits des konkreten Widerstands gegen das Auftreten von Nazis gesellschaftlich intervenieren können.
Wir können in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Frage aufwerfen, ob sich eine solche politische Intervention im Osten nicht vor allem auch in kulturellen Sektoren vollziehen müßte, wo sich die direkte Konfrontation mit Nazis am ehesten entscheiden wird. Allen politischen Erosionen zum Trotz gibt es bis heute in der BRD nämlich immer noch eine Vielzahl explizit nicht-rassistischer Jugendkulturen, deren Mobilisierung nicht unmöglich ist.
Hier ist auch die antifaschistische Bewegung aus dem Westen gefragt, ihre seltenen Auftritte im Osten nicht nur auf Demos zu beschränken. Politische und jede andere praktische Zusammenarbeit mit Antifas im Osten, die unter ungleich schwierigeren Bedingungen aktiv sind, kennt nämlich auch andere Bereiche.

Wir wollen mit diesen Anmerkungen darauf hinaus, daß die Verhinderung von Nazidemos keinesfalls die einzige politische Intervention ist, die von uns erwartet werden kann. Es ist heute wichtiger denn je, den Nazis entgegenzutreten. Damit sprechen wir auch jene Linksradikalen an, die heute behaupten, es sei politisch wirkungs- und sinnlos, die Konfrontation mit den Nazis zu suchen. Es sind meist diejenigen, die noch in den 80ern kein Problem damit hatten, tatsächlich gesellschaftlich isolierten 100 Nazikadern durchs ganze Land hinterherzureisen, um ihre Treffen zu verhindern. Heute sieht die Situation anders aus und von einer gesellschaftlichen Isolation kann zumindest im Osten nicht mehr gesprochen werden. Hier geht es tatsächlich um existentielle Fragen, die in den Hochzeiten des autonomen Antifaschismus höchstens auf dem Papier existierten. Die militanten Erfahrungen, die die antifaschistische Bewegung mit den Nazis gesammelt hat, müssen heute wieder auf den Tisch!
Auf die Tagesordnung muß eine Diskussion, in der die Einlösung dieses Anspruchs neu bestimmt wird. Angesichts immer wiederkehrender Bullenszenarien, an denen wir scheitern, müssen wir uns die Frage stellen, wie wir denn die Nazis im Zweifelsfall noch empfindlich stören können.

Auf die Tagesordnung muß aber auch ebenso dringlich der zweite Aspekt, den wir angesprochen haben. Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, daß wir mit zwei unterschiedlichen Dimensionen faschistischer Bewegungen konfrontiert sind, kann daraus nur eine Diskussion über weitergehende antifaschistische Konzepte folgen, die vor allem im Osten entwickelt werden müssen und die wir an dieser Stelle bewußt nur angeschnitten haben, weil zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich noch nicht einmal eine weitgehend übereinstimmende Einschätzung innerhalb der Antifa-Bewegung existiert. An der jedoch sollte gearbeitet werden.

I autonome antifaschistische gruppe aus hh

Kundgebungen anläßlich des Saevecke - Prozesses

Momentan findet in Turin der Prozess gegen den ehemaligen GeStaPo Chef von Mailand, Theodor Saevecke, statt. Sevecke, der seit der Okkupation Ober- und Mittelitaliens durch die deutsche Wehrmacht im September 1943 zwei Jahre der Chef der Mailänder GeStaPo Filiale war, oblagen die Deportationen der JüdInnen in die deutschen Vernichtungslager und die PartisanInnenbekämpfung in und um Mailand. Er ließ Razzien durchführen, verhaften, foltern, erschießen und deportieren. Ca 2000 Menschen starben unter seiner Ägide. Für eine Geiselerschießung auf der Piazzale Loreto am 10. Aug. 1944 wird ihm nun der Prozess vor dem Militärgerichtshof von Turin gemacht. Der 87jährige ex CIA- und ex BKA- Beamte weigert sich in Turin zu erscheinen und der Prozes findet in seiner Abwesendheit statt.
Anläßlich des Prozesses waren zwei Kundgebungen am 13. Oktober geplant. Die eine in Bad Rothenfelde, wo Saevecke wohnt. Die andere in Turin.
In Bad Rothenfelde demonstrierten rund 15 AntifaschistInnen an der Zufahrtstraße zu Saeveckes Wohnung. Mit einem Transparent, einer Ansprache und Flugblättern informierten sie die BewohnerInnen Bad Rothenfeldes von Saeveckes Vita. Rund 60 Polizisten, SEKler und politische Polizei, rundeten das Bild ab.
Nicht so glatt funktionierte die geplante Kundgebung der Jugendantifa F.A.U.S.T. in Turin. Sie mußten sich auf das Verteilen der auf italienisch verfaßten Flugblätter beschränken. Das mitgebrachte Transparent wurde vom Militär abkassiert und auch das Fotografieren der Antifas mit dem Transparent vor dem Gerichtsgebäude behindert.

Jugendantifa F.A.U.S.T.
(Regenbogenladen, c/o Eibergerstr. 2, 44879 Bochum)



Eine deutsche Geschichte

„Wenn Teo einmal nicht sein wird, werde ich mir die Nummer, die sie ihm in Auschwitz einstachen, hierhin tätowieren lassen" sagt Sergio Fogagnolo und deutet auf seinen Unterarm. „Durch ihn habe ich viel gelernt. Ich will seine Arbeit weiter führen. Er ist wie ein Vater für mich."
Diese Wahlverwandschaft zu dem 84jährigen Teo Ducci, Sohn einer ungarisch-jüdischen Emigrantenfamilie aus Triest, kommt nicht von ungefähr. Genau wie Sergio Fogagnolos Vater, Umberto, war Teo Ducci Mitglied der „Partito d´Azione" und aktiv im antifaschistischen Widerstand Italiens, der „Resistenza". Teo Ducci überlebte als einziges Mitglied seiner Familie die Deportation in das Konzentrationslager Auschwitz und war bis vor kurzem Vizepräsident der Mailänder Sektion der „Associazione nazionale ex deportati politici". Dem Zusammenschluß ehemaliger politischer Deportierter.
Ein so inniges Verhältnis wie zu Teo konnte Sergio Fogagnolo zu seinem Vater nie entwickeln. Gerade zwei Jahre alt war er, als sein Vater am 10. August 1944 mit 14 anderen politischen Gefangenen aus dem Mailänder Gefängnis San Vittore geholt, auf der Piazzale Loreto erschossen und den ganzen Tag zur Abschreckung an Ort und Stelle liegengelassen wurde.
Angeordnet hatte die Hinrichtung der GeStaPo- und SD-Chef Mailands, der SS-Hauptsturmführer Theodor Saevecke. Zwei Tage zuvor hatten PartisanInnen einen Wehrmachtslkw in einer Seitenstraße der Piazza in die Luft gesprengt. Bei diesem Anschlag starben sechs italienische Passanten, der deutsche Fahrer wurde lediglich leicht verletzt.
Das deutsche Militärgesetz sah vor, für jeden getöteten Wehrmachtsangehörigen zur Vergeltung Geiseln zu erschießen. Obwohl bei diesem Anschlag kein deutscher Soldat umgekommen war, ließ Saevecke eigenmächtig die 15 Inhaftierten ohne Prozess hinrichten und weitere zehn Gefangene in Konzentrationslager deportieren. Sogar nach den Regeln der deutschen Militärjustiz ein Verstoß. Die Hinrichtung und Zurschaustellung der Toten sorgte für große Empörung in Mailand.
Das makabre Schauspiel blieb der Bevölkerung und den PartisanInnenverbänden so gut in Erinnerung, daß sie den auf der Flucht gefaßten und erschossenen Duce, Benito Mussolini, im April 1945 ebenfalls auf der Piazzale Loreto zur Schau stellten. Kopfüber baumelte Mussolini an einer Tankstelle. - Keine zwanzig Meter von der Exekutionsstelle entfernt, von der er sich im August 1943 extra ein Foto der Erschossenen hatte zuschicken lassen. Saevecke selbst brachten die Mordtaten von Mailand den Ruf des Henkers ein. „Il boia de piazzale Loreto", der „Henker der Piazzale Loreto" wurde er seitdem in Widerstandskreisen genannt.
1929 wurde Theodor Saevecke Mitglied der NSDAP und während der NS-Diktatur startete er eine steile Karriere als Polizeibeamter, in der er es zum Leiter des Mordkommisariats von Posen brachte. Er absolvierte 1937 die Führerschule der Sicherheitspolizei und wurde in die SS aufgenommen. Im Jahre 1942 diente er im Range eines Hauptsturmführers der SS als Verbindungsmann den italienischen Besatzungsbehörden in Libyen. Kurz darauf wurde er Vice-Kommandant eines SS-Einsatzkommandos in Tunesien. Dort trieb er für die Wehrmacht JüdInnen zur Zwangsarbeit zusammen und erpreßte von den jüdischen Gemeinden Gold und Devisen in Millionenhöhe. Für seine Leistung in dem Maghrebland wurde er nicht nur von Berlin belobigt, sondern auch zum Chef des SD-Außenkommandos von Mailand ernannt.

Nachdem Mussolini am 25.Juli 1943 gestürzt worden war und die neue Regierung unter Marschall Pietro Badoglio Friedensverhandlungen mit den Alliierten aufnahm, besetzte die deutsche Wehrmacht am 8. September 1943 Mittel- und Oberitalien. Bis zu diesem Datum hatte sich das italienische Militär geweigert, Deportationen von JüdInnen aus Italien und den von Italien besetzten Gebieten durchzuführen. Durch die deutsche Besetzung konnte jetzt die „Lösung der Judenfrage" auch in Italien in Angriff genommen werden.
Das wurde Saeveckes Aufgabe, als er am 13.September in Mailand seinen Dienst antrat: Das Aufspüren von JüdInnen in Mailand und Umgebung und deren Deportation in die Gaskammern deutscher Vernichtungslager. Des weiteren: Aufspüren und ausschalten der politischen Gegner und PartisanInnen. Insgesamt 1200 JüdInnen und 992 PartisanInnen wurden unter der Egide Saeveckes, so fand der Historiker Luigi Borgomaneri heraus, in deutsche Vernichtungslager deportiert.
Nach fast zweijähriger Amtszeit wurde Saevecke dann Ende April 1945 von amerikanischen Truppen festgenommen und bis 1948 bei Rimini interniert.
Sergio Fogagnolo und seine Familie überstanden die Nachkriegsjahre mehr schlecht als Recht. Die minimale Hilfe seitens des italienischen Staats reichte hinten und vorne nicht. Nur die Hilfe eines Onkels linderte ihre Not. Saevecke dagegen fand sich schon bald gut besoldet und vor Strafverfolgung geschützt in Berlin wieder. Sein neuer Dienstherr: der amerikanische CIA. Von 1949 bis 1951 konnte Saevecke seine bei der Juden- und Partisanenverfolgung erworbenen Qualifikationen in der Bekämpfung des kommunistischen Feindes in der Frontstadt Berlin unter Beweis stellen. Sein reichhaltiger Erfahrungsschatz qualifizierte ihn für eine reibungslose Karriere beim Bundeskriminalamt. Von 1952 bis 1963 brachte es Saevecke vom Kriminalrat zum stellvertretenden Leiter der Bonner Sicherheitsgruppe im BKA: Referent für „Hoch- und Landesverrat". In dieser Funktion organisierte er die nächtliche Durchsuchungsaktion der Bonner und Hamburger Spiegelredaktionen wegen angeblichem Landesverrat.
Als 1963 in Italien bekannt wurde, daß Theodor Saevecke nicht nur lebt, sondern eine excellente BRD Karriere nach dem Krieg gemacht hatte, war der Skandal groß. Saeveckes Dienstherr, der deutsche Staat, ließ sich davon nicht beeindrucken. Der „Henker der Piazzale Loreto" durfte weiter beim Wiesbadener BKA Karriere machen und wurde 1971 mit allen Ehren pensioniert.
Erst Jahre später wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Saevecke bei der Dortmunder Zentralstelle zur Verfolgung von NS Verbrechen eingeleitet. Aber da konnte Saevecke beruhigt sein. Die ersten drei Leiter in den Jahren 1961 bis 1972 waren ehemalige NSDAP Mitglieder und NS-Juristen. Auch acht für Ermittlungen zuständige Staatsanwälte waren alte Kameraden. Die Erfolgsbilanz der Dortmunder Zentralstelle ist insgesamt beschämend. In 34 Jahren brachte sie es bei Ermittlungsverfahren gegen 24275 Beschuldigte gerade einmal auf 158 Anklageerhebungen - 0,6 Prozent.. Und wie diese Verfahren endeten, dazu schweigt sich das nordrheinwestfälische Justizministerium bis heute aus. Saeveckes Verfahren wurde im Jahre 1971 eingestellt, just in jenem Jahr als auch das Verfahren gegen den vor kurzem in Italien zu einer mehrjähriger Haftstrafe verurteilten Erich Priebke von den Dortmunder Ermittlern eingestellt wurde. Ein weiteres Ermittlungsverfahren verlief 1988/89 im Dortmunder Sand: Die Staatsanwaltschaft sah sich außerstande belastendes Material gegen Saevecke zusammenzutragen.
Was der deutschen Justiz unmöglich war, schaffte der Turiner Militärstaatsanwalt Pier Paolo Rivello. Er trug 2500 Seiten belastendes Material aus den diversen Archiven zusammen. Anfang diesen Jahres erhob er Anklage gegen Saevecke wegen der Geiselerschießung am 10.8.1944. Saevecke selbst streitet jede Schuld ab. Selbst seine Mitgliedschaft in der SS. Obwohl ihm Rivello zugesagt hat, keinen Haftbefehl gegen ihn vor Beendigung des Prozesses zu erlassen, weigert sich Saevecke am Prozess teilzunehmen. Er bleibt lieber im sicheren Heimatland, dessen Artikel 16 des Grundgesetzes eine Auslieferung Deutscher ans Ausland untersagt.
Am 13. Oktober beginnt in Turin der Prozeß gegen den früheren SS-Hauptsturmführer und pensionierten BKAler Theodor Saevecke, dem „Kappler von Mailand", wie ihn Tino Casali, Präsident der Mailänder Sektion des Verbandes ehemaliger WiderstandskämpferInnen bezeichnet. Sergio Fogagnolo wird in dem Verfahren als Nebenkläger auftreten - im Namen des „comitato i quindici". Im „Komitee der 15" haben sich die Hinterbliebenen der 1944 auf Befehl Saeveckes Erschossenen fünfzehn Widerstandskämpfer zusammengeschlossen. Ihnen geht es nicht so sehr um Rache, sondern daß ihren Familienangehörigen, wenn auch späte Gerechtigkeit widerfährt. Daß sich „il boia de piazzale Loreto" seiner Verantwortung stellen wird, daran glaubt niemand, auch nicht, daß eine Haftstrafe ihn läutern könnte. Als am 10. August in Mailand auf einer Veranstaltung dem Massaker vor 54 Jahren gedacht wurde, fand ein Bericht aus Deutschland großen Beifall: Eine Gruppe von Antifa-AktivistInnen hatte tags zuvor vor der Wohnung Theodor Saeveckes im nordrhein-westfälischen Bad Rothenfelde demonstriert: „Nessun perdono! Nessun oblio!" - Kein Vergeben! Kein Vergessen!



Schikane
im Sozialamt Neukölln

Die Würde der Menschen wird angetastet !

Das Neuköllner Sozialamt hat einen schlechten Ruf. Unter der Führung von Sozialstadträtin Vogelsang (CDU) und ihrer Amtsleiterin Christian herrscht bei den Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen ein Regime der Erniedrigung und der Einschüchterung.
Immer neue Schikanen werden ausprobiert, um den Sozialhilfeberechtigten die Leistungen zu entziehen, die ihnen eigentlich zustehen. Die Menchen bekommen im Sozialamt oft keine Hilfen, sondern Anweisungen und Auflagen, die sie häufig nicht erfüllen können oder die reine Schikane sind.
Das Sozialamt Neukölln nimmt eine Vorreiterrolle ein, wenn es darum geht, Sozialhilfeberechtigte und besonders Flüchtlinge auszugrenzen, zu Kriminellen zu stempeln oder ihnen die Lebensgrundlagen zu nehmen.

Der Gang zum Sozialamt ist für die Flüchtlinge eine demütigende Tortur. Das Klima, das hier herrscht, zermürbt jeden und jede.

Leistungen, die ihnen nach dem Gesetz zustehen, müssen extra beantragt werden. Diese Anträge werden jedoch oft nicht entgegengenommen, oder die Flüchtlinge erhalten nie eine Antwort. Nur mit einem Rechtsbeistand können sie im Einzelfall Ansprüche durchsetzen.

Die Sozialamtsangestellten behandeln die Flüchtlinge arrogant und autoritär. Sie sehen die Menschen als "Leistungserschleicher", als "Simulanten" und als "Kriminelle" - und sie behandeln sie auch so.

Das Sozialamt verwehrt vielen Flüchtlingen sogar die wenigen Leistungen, die ihnen nach dem sogenannten Asylbewerberleistungsgesetz noch zustehen.

Anträge auf Gesundheits- und Körperpflegemittel, auf neue Kleidung, auf Schonkost wegen Krankheit, auf Windeln oder Kindernahrung werden erst gar nicht als "Antrag" verstanden, sondern ignoriert. Schriftliche Anträge verschwinden oft in den Akten oder werden mündlich abgelehnt.

Das Sozialamt reagiert erst dann, wenn Flüchtlinge eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt einschalten können. Nur dann kann es ihnen gelingen, im Einzelfall das zu erzwingen, was eigentlich allen zusteht.

Kranke Menschen, die wiederholt und mit ärztlichen Attesten Anträge auf Selbstverpflegung (also Bargeld) stellen, werden zum Gesundheitsamt geschickt. In der Regel wird ihnen dort keine Bescheinigung für die Selbstverpflegung ausgestellt.

Mehrere Flüchtlinge sagten übereinstimmend, die Reaktionen der Sachbearbeiterinnen auf ihre Anträge bestünden im "Augen- und Ohren-Zuhalten" und dem Hinweis, die Flüchtlinge könnten ja "nachhause" gehen, wenn ihnen die Behandlung nicht passe.

Seit dem 1.9.98 gilt ein neues "Asylbewerberleistungsgesetz". Es erlaubt in großem Umfang das, was das Sozialamt Neukölln schon lange vorgemacht hat. Unter bestimmten Voraussetzungen können ab jetzt viel leichter noch mehr Leistungen verweigert und sogar alle Leistungen gestrichen werden. Immer mehr Flüchtlinge, viele Einzelpersonen aber auch ganze Familien, die zum Teil Jahre hier leben, werden ausgehungert und ohne einen Pfennig Unterstützung auf die Straße gesetzt.
Auch bei der Durchsetzung dieser unglaublichen Gesetze ist das Neuköllner Sozialamt in der ersten Reihe.

Wir protestieren gegen diese Schikane-Praktiken des Sozialamts, das Flüchtlingen, aber auch Wohnungslosen und anderen Sozialhilfeberechtigten Leistungen verweigert.
Wir protestieren gegen einen Apparat, der Menschen hier das Leben unmöglich macht.

- **Abschaffung des Arbeitsverbots für Flüchtlinge !**
- **Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes und aller anderen Sondergesetze !**
- **Keine Zwangsarbeit !**
- **Existenzsicherung und Bargeld für alle - unabhängig von Paß und Nationalität !**
- **Offene Grenzen und Bleiberecht für alle !**

KUNDGEBUNG
AM RATHAUS NEUKÖLLN
FREITAG, 6. NOVEMBER UM 10 UHR

Bündnis gegen das Asylbewerberleistungsgesetz; Kontakt: 785 72 81

Die Würde des Menschen ist antastbar?

Immer wieder sind Flüchtlinge verschärften und rassistischen Schikanen auf den Ämtern ausgesetzt. Nicht nur wird die sowieso schon knapp bemessene Sozialhilfe für AsylbewerberInnen mit willkürlichen Begründungen gekürzt – sondern immer öfter gänzlich verweigert! Neben den alltäglichen Schikanen gegen SozialhilfeempfängerInnen sind AsylbewerberInnen zusätzlich den rassistischen Schikanen der verantwortlichen EntscheidungsträgerInnen ausgesetzt.

Wie im Sozialamt im Neuköllner Rathaus häufen sich auch im Sozialamt in Schöneberg (Badensche Str. 52) die rassistisch motivierten Streichungen und Kürzungen. Oftmals verantwortlich für die letztendliche Entscheidung zur rassistischen Schikane ist der „Sozial"-Stadtrat Bernd Krömer (Amts-Tel.: 7876-2240), welcher wie der „Sozial"-Stadtrat des Neuköllner Sozialamtes der CDU angehört.

Jetzt soll z.B. einer libanesichen Mutter von 7 Kindern die Sozialhilfe durch „Sozial"-Stadtrat HERRn B. Krömer gestrichen werden, weil der Ehemann im Knast ist. Ein Gerichtsbeschluß entschied zwar, daß die Sozialhilfe der Frau gewährt werden solle – doch CDU-Krömer will gegen diese Entscheidung Beschwerde einlegen: „Die Entscheidung ist eine Verklapsung der Steuergelder.", so B. Krömer.
Auch der Stellvertreter B. Krömers, der sog. leitende Fachbeamte Hr. Czesik (ebenfalls CDU!) fällt als Wiederholungstäter mit rassistischen Ausfällen auf: „Geh'n Sie doch arbeiten, oder was woll'n Sie hier...??

Beschwert sich mal einer/eine etwas lauter über die Schikanen auf dem Amt, oder wehrt sich gegen die rassistischen Äußerungen und besteht auf sein/ihr Recht, wird oftmals die Polizei gerufen, immer öfter wird so mal jemand „abgeholt". Es gehört mittlerweile zum Alltag auf dem Sozialamt in Schöneberg, daß die Widersprüche per Polizei „gelöst" werden, rassistische Schikanen mittels Polizei durchgesetzt werden sollen!

Zahlreiche Beschwerdebriefe an die Amtsleitung des BA Schöneberg Abt. Gesundheit und Soziales bleiben unbeantwortet. Stellungnahme zu den Vorfällen wird von den Verantwortlichen systematisch verweigert.

Wir rufen daher alle dazu auf:

Beteiligt euch an der Protestkundgebung
vor dem Sozialamt in Neukölln am 6.11.1998 um 10 Uhr!

Beschwert euch über die rassistischen Schikanen
des Schöneberger Sozialamtes
...und organisiert den Protest!

Gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen – Kein Mensch ist illegal!
Schluß mit der schikanösen und rassistischen Behandlung von SozialhilfeempfängerInnen!
Die Würde des Menschen ist unantastbar...

Initiative gegen amtlichen Rassismus und Schikane

Brunnenstraße 6/7: 'Mietkampf ist angesagt'

Wir, die BewohnerInnen des ehemals besetzten Komplexes Brunnenstr. 6/7 sind euch, wenn nicht persönlich, so wahrscheinlich vor allem durch den Rauswurfs von vier Männern aus unserem Komplex, Anfang dieses Jahres, bekannt. Negativschlagzeilen sozusagen. Trotz der Konflikte, die diese Entscheidung mit sich brachte, wohnen hier nach wie vor circa 80 Menschen, denen ein Leben in Großgruppen als soziale Alternative zu Familien-, Allein- oder Beziehungskistenwohnen wichtig ist. Hinzu kommt, daß die bisherige Miete in der Brunnenstraße für fast jede und jeden erschwinglich ist und durch Umverteilung gewährleistet wird, daß auch Menschen ohne Einkünfte dort leben können.
Diese Situation ist seit dem 1.10.1997 bedroht. An diesem Tag kaufte der Rechtsanwalt und mehrfache Hausbesitzer Klaus Gawehn, Thorwaldsenstr. 12, Ecke Peter-Vischer-Str. 2 (Friedenau) für 4,5 Millionen DM unseren Komplex. (Tel: privat und Anwaltskanzlei: 8551001, Fax: 85600140).
Die Hausverwaltung übernahm G. Gawehn Grundstücksverwaltung GmbH, Tel:8557145. Hinter G. verbirgt sich vermutlich seine Frau Gertrud. Der Sitz der Hausverwaltung befindet sich im gleichen Gebäude in der Thorwaldsenstraße.
Die GeschäftsführerInnen der Hausverwaltung sind die Tochter des Hausbesitzers Brigitte Gawehn-Heiland, sowie ihr Ehemann Uwe Heiland. Dieser spielt den Handlanger des Hausbesitzers bei Besichtigungen sowie Aktionen, die sich gegen die MieterInnen der Brunnenstraße richten. Die Wohnadresse von Brigitte Gawehn Heiland und ihrem Ehemann befindet sich in der Menzelstr. 20 im Bezirk Friedenau.
Klaus Gawehn will unseren Komplex nach seinen Vorstellungen modernisieren, was zu einer horrenden Mietsteigerung führen würde (nach seinen Vorstellungen 1000%). Ganz nach Manier der meisten Hausbesitzer ficht er unsere Mietverträge sowie alte Zusatzvereinbarungen an, versucht möglichst viel Wohnraum zu kündigen und freie Bahn für seine Pläne zu bekommen.

Das letzte Highlight seiner Aktivitäten fand am 14.10.98 statt. Unter Schutz einer Hundertschaft von Bullen wurden in einem 13-stündigen Einsatz die Fenster und Tür eines Hauses im Komplex zugemauert und fünf Männer auf die Straße gesetzt. Währenddessen war der Zugang zu den übrigen Häusern für viele Personen nicht möglich.

Wie konnte es dazu kommen?
Für das betroffene Haus gab es im Gegensatz zu den anderen Häusern nur Gewerbemietverträge, die jedes Jahr um ein Jahr verlängert werden mußten. Diese Verträge waren von seiten des Hausbesitzers oder der GSE (Hauptmieterin) gekündigt (ganz ließ sich das nie klären), sodaß die Vereine und Gruppen, die das Haus nutzten, ab September 1998 ohne Vertrag waren. Am ersten Mai dieses Jahres brannte der Dachstuhl des Hauses. Das Dach ist nicht mehr vorhanden. Dies führte zwangsläufig zum Auszug der MieterInnen, denn Hausbesitzer Gawehn machte keine Anstalten das von uns provisorisch mit Planen abgedeckte Dach zu reparieren.
Im September verließ der letzte Verein das Gebäude woraufhin die GSE es offiziell an den Hausbesitzer zurückgab.Anstatt endlich mit den notwendigen Baumaßnahmen auf dem Dach zu beginnen ließ der Besitzer jetzt die ersten beiden Stockwerke komplett zumauern. Es gab keine Tür mehr, durch die Bauarbeiter zum Dach hätten gelangen können. Ziel dieser Aktion des Hausbesitzers war somit offensichtlich, daß die Obdachlosen die am 14.10. auf die Straße gezerrt wurden auch in Zukunft keinen Unterschlupf in dem ansonsten ungenutzten Haus finden sollen.
Am 15.10 standen wieder Bullen auf dem Gelände der Brunnenstraße. Die frischgemauerten Wände hatten über Nacht Löcher bekommen!
Der 16.10 bescheerte uns dann die allseitig bekannte Firma SITEX. Sie schlugen die Mauern des Erdgeschosses wieder ein und ersetzten sie durch ihre wundervolle braunen Tür- und Fenstersicherheitselemente.
Aber auch das reichte nicht. Zwei Tage später durchbrach Sitex unter einigem Fluchen ihre eigene Sicherheitstür und ersetzte sie durch eine massivere Stahltür. Anlaß dazu hatte angeblich der Diebstahl einer ihrer Diebstahlsicherungen gegeben,.....


Uwe Heiland

Die Situation spitzt sich nach und nach zu:
Verschiedenste Baufirmen besichtigten unser Gelände, um Kostenvoranschläge zu machen. Wir rechnen spätestens im Frühjahr mit einem versuchten Baubeginn seitens des Hausesitzers und für dieses Jahr mit vielen weiteren Schikanen, wie der vom 13.10.! Bislang ist Gawehn in keinster Weise bereit, seine Pläne mit unseren Vorstellungen zu koordinieren. Für uns kann dies nur bedeuten, ihn wieder loswerden zu müssen! Wir werden nicht mitansehen, wie er unseren Komplex in studentenwohnheimähnliche 1 Zi-Küche- Bad Appartments für 500 DM umgebaut, in denen höchstens die Hälfte der ehemaligen MieterInnen Platz hätte.

Wir bitten euch alle um eure Unterstützung bei vielfältigen Aktionen!
Wenn ihr Infos zu Gawehn habt, bzw. selber in einem Gawehnhaus wohnt, meldet euch bei uns!

Gegen Rausmodernisierung!

Für den Erhalt von billigem Wohnraum, in dem mehr als drei oder vier zusammen leben können !!!

Ex-Besetzer demonstrieren gegen Modernisierung

■ Eigentümer der Brunnenstraße 6/7 gegen Ofenheizung. Bewohner fürchten Mieterhöhung

Die Bewohner des ehemals besetzten Häuserkomplexes Brunnenstraße 6/7 in Mitte fürchten um ihr Zuhause. Gestern demonstrierten sie vor dem Haus des Eigentümers Klaus Gawehn in Schöneberg. Er plant, den Gebäudekomplex zu modernisieren. Die daraus folgende Mieterhöhung ist für viele Bewohner nicht tragbar.

Die Fronten sind festgefahren. Beide Parteien beschuldigen sich fehlender Verhandlungsbereitschaft. Dabei gibt es viel zu klären. Die Toiletten befinden sich in den Treppenaufgängen, und geheizt wird mit Kohle. Die Mieter, die vor acht Jahren das Haus besetzten, mittlerweile aber unbefristete Mietverträge unterschrieben haben, können und wollen damit leben. Monatlich zahlen sie etwa für eine 40-Quadrat-Meter-Wohnung weit unter 100 Mark Miete.

„Es muß modernisiert werden", sagt dagegen Eigentümer Klaus Gawehn. „Ich habe kein Verständnis dafür, daß mit Öfen geheizt wird." Gawehn hat bereits Fördergelder für die Modernisierung beantragt. Frühestens könnten die Bauarbeiter im kommenden Jahr anrücken, wenn sich beide Parteien einigen.

Danach sieht es bislang nicht aus. „Finger weg von der Brunnenstraße 6/7", steht auf den Plakaten, mit denen die Bewohner vor dem Haus des Eigentümers ihren Standpunkt deutlich machen. Etwa 70 zumeist junge Menschen leben in Gemeinschaften in dem Gebäude. Eine Modernisierung werde ihrer Ansicht nach die Struktur zerstören, wenn aus den Großräumen Zweiraumwohnungen entstehen. Außerdem sei das Haus einer der wenigen Plätze, wo man für 70 Mark wohnen könne, so ein Bewohner. „Das lassen wir uns nicht wegnehmen."

Mike Szymanski

taz 24.10.98

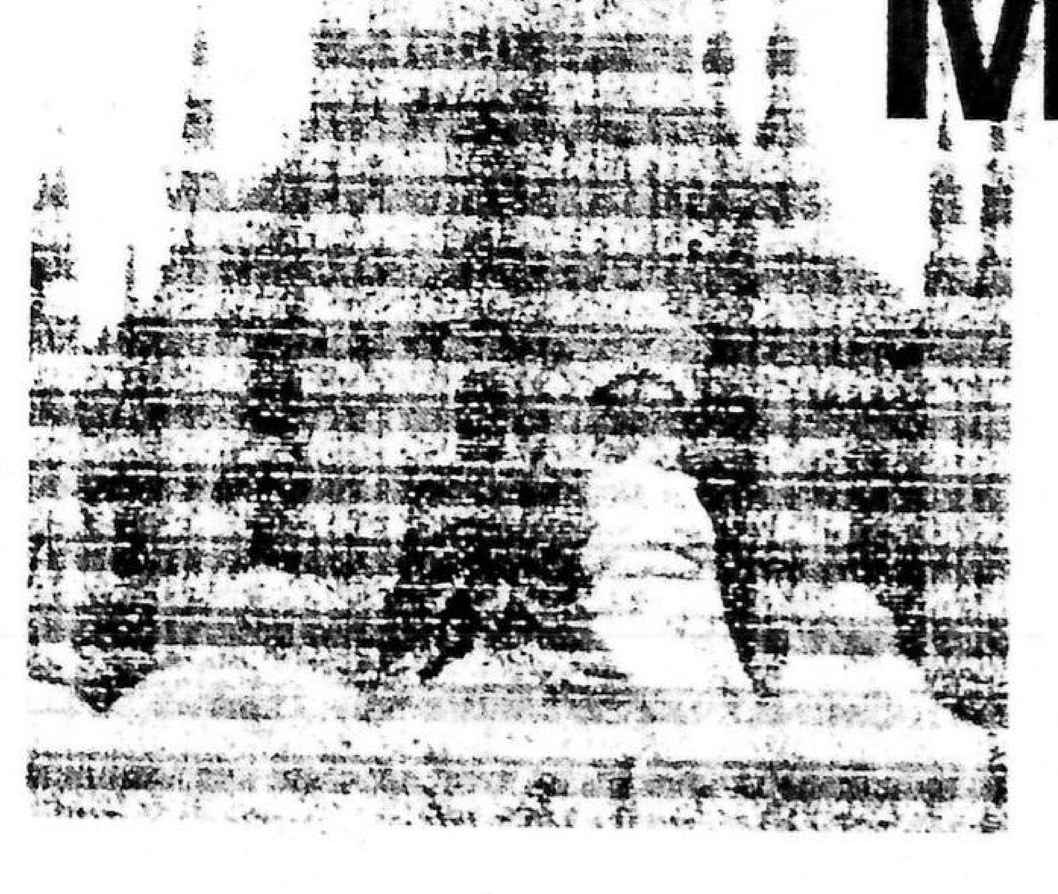


Polizei, vorwärts, marsch, marsch!

Rund 300 Polizisten haben am Dienstag letzter Woche Bauarbeitern geholfen, Türen und Fenster eines Hauses in Berlin zuzumauern. Die Maurer taten, was sie gelernt haben, und auch die Polizisten taten, was sie gelernt haben: Sie räumten fünf Besetzer aus dem Haus und paßten anschließend auf, daß die Maurer keinen Ärger mit Autonomen bekamen. Eine berechtigte Sorge, denn das geräumte Gebäude befindet sich in dem Hauskomplex Brunnenstraße 7 im Bezirk Mitte, wo noch weitere 70 bis 80 autonome Ex-HausbesetzerInnen wohnen. 1990 waren die Häuser besetzt worden, seit 1991 bestehen unbefristete Mietverträge. Nun hat der Rechtsanwalt Klaus Garwehn das Gebäude für 4,5 Millionen Mark gekauft und will es für weitere elf Millionen Mark instandsetzen und modernisieren. Neben den schon ausgesprochenen Kündigungen wird das eine gesalzene Mietpreissteigerung mit sich bringen. Die BewohnerInnen, die zur Zeit eine Mark pro Quadratmeter zahlen, befürchten eine Steigerung von über 1 000 Prozent. Verhandlungen lehnte der neue Eigentümer ab. »Schaffen Sie sich selbst Eigentum an«, empfahl er den ehemaligen BesetzerInnen. Daß sie genau dies längst getan haben, hat der Mann offenbar gar nicht gemerkt.

• *Die Nachrichten wurden von Bozic, Dietl und Krauß zusammengestellt*

jungle World 21.10.98
Nr. 43

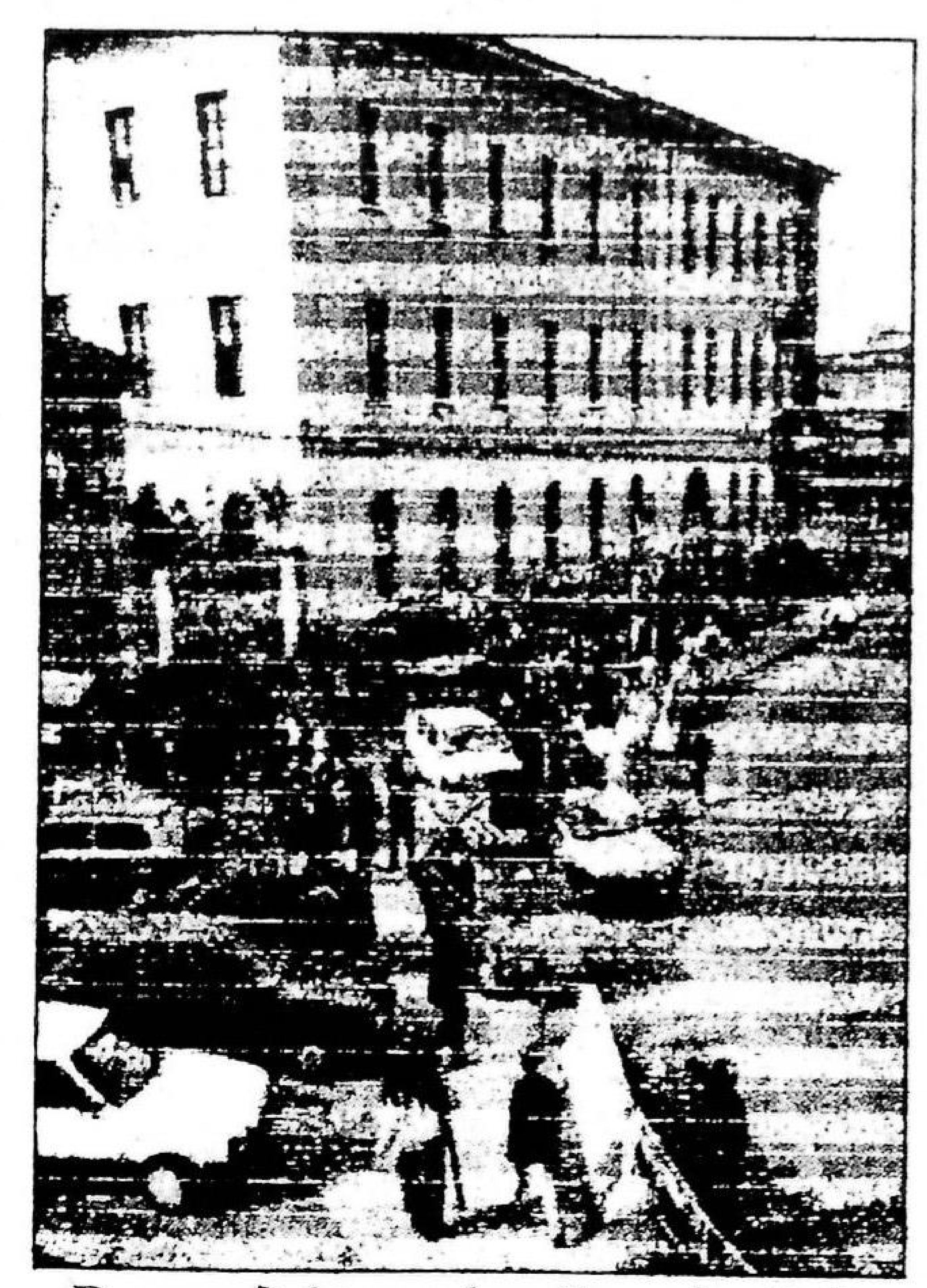


Milano calling

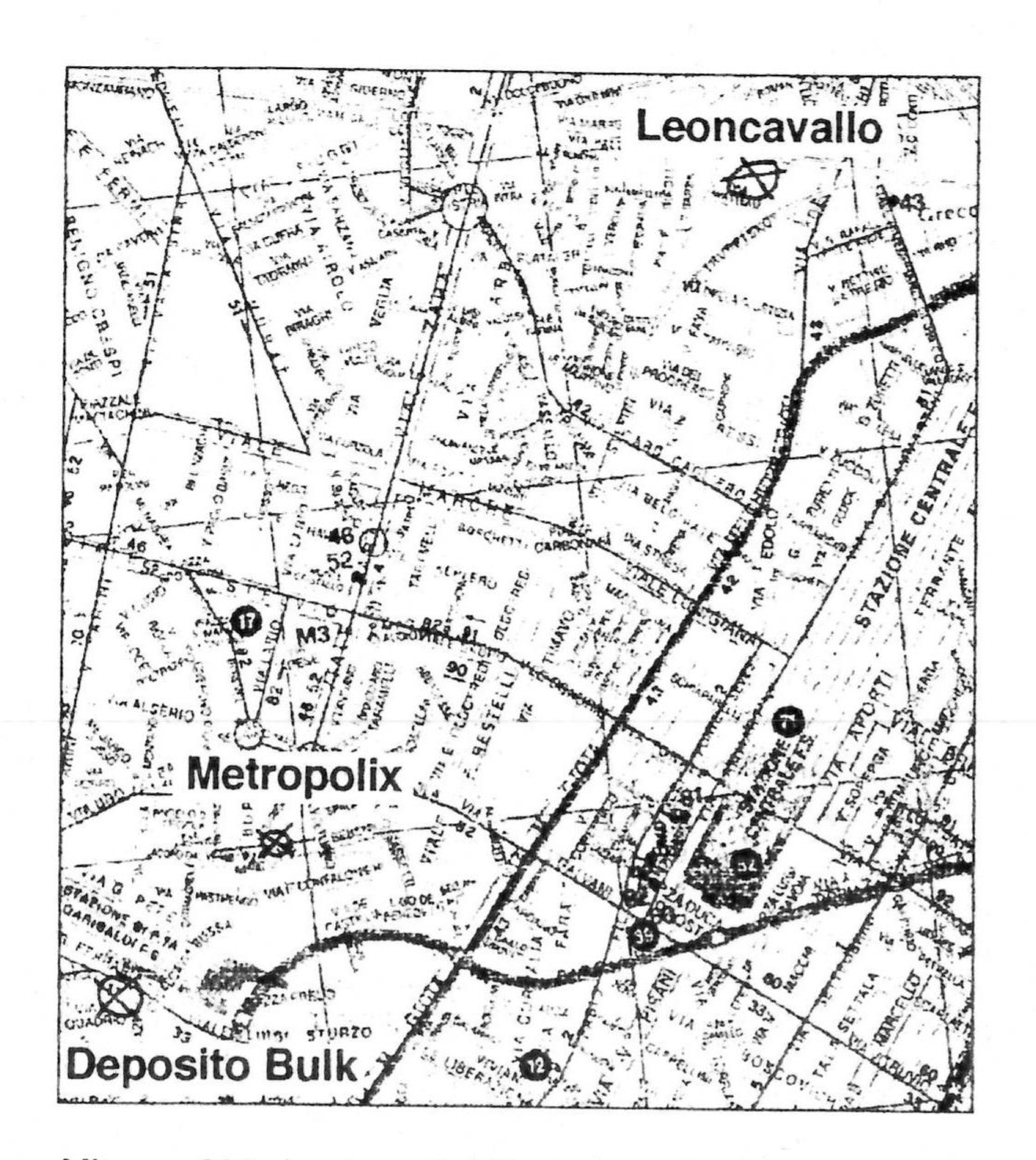
Am 10. Oktober wurde ein großes Eckhaus, besser gesagt zwei Häuser, auf der Piazza Minitti in Mailand besetzt. Es verfügt über 32 Wohnungen, mit Platz für 50 bis 60 BewohnerInnen. Geplant und durchgeführt hat die Besetzung das „Deposito Bulk" von der Viale Luigi Sturzo, ein von SchülerInnen und StudentInnen besetztes „Centro Sociale".

Eher unüblich wurde die Besetzung (ohne Ortsangabe) schon im Voraus auf Plakaten und Flugblättern angekündigt. Bevor die Leute vom BULK in einem Demonstrationszug zu dem Haus zogen, gaben sie im BULK eine Pressekonferenz. In dieser erläuterten sie die Gründe der Besetzung und ihre Pläne in Bezug auf das Haus, das sie METROPOLIX tauften:

1) Sie wollen einen Platz für sich zu schaffen. Einen Freiraum, in dem sie gemeinsam wohnen, feiern und lernen können. Einen Raum, der frei ist von familiärer Enge und Mainstreamkultur.
   Einen Raum der Emanzipation.
   (Kurz angemerkt: Viele ItalienerInnen leben wegen Wohnraummangel bis zum 30igsten Lebensjahr bei den Eltern. WGs sind sehr selten. Es gibt zwar wesendlich mehr besetzte Objekte in Italien als in der BRD. Diese werden aber zumeist als „Centri Sociali" und nicht zum Wohnen genutzt.)
2) Die Errichtung einer selbstverwalteten Pension für StudentInnen.
   (Es gibt 50000 StudentInnen in der 2 Millionen Menschen zählenden Metropole Mailand. Aber keinen angemessenen Wohnraum für sie. Weder ausreichend Studentenwohnheime, noch sonstigen Wohnraum. Zimmer und Wohnungen sind sehr teuer und zwingen die StudentInnen neben dem Studium noch zur Arbeit. Und dies meist in präkären Arbeitsverhältnissen.)
3) Die Schaffung eines Jugendhotels, in dem Jugendliche, die durch Mailand reisen, billig unterkommen können.

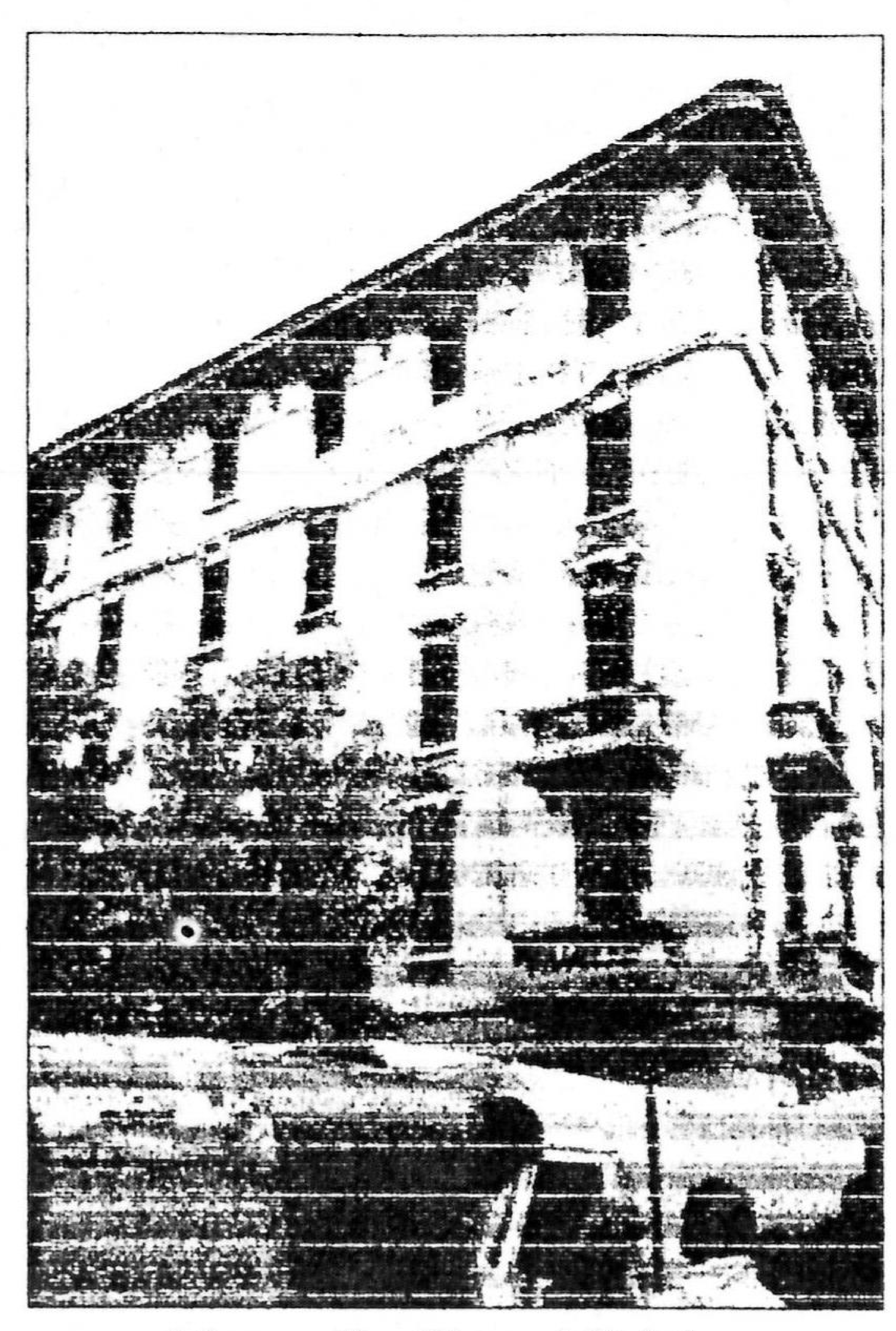


Demoauftakt vor dem Deposito Bulk

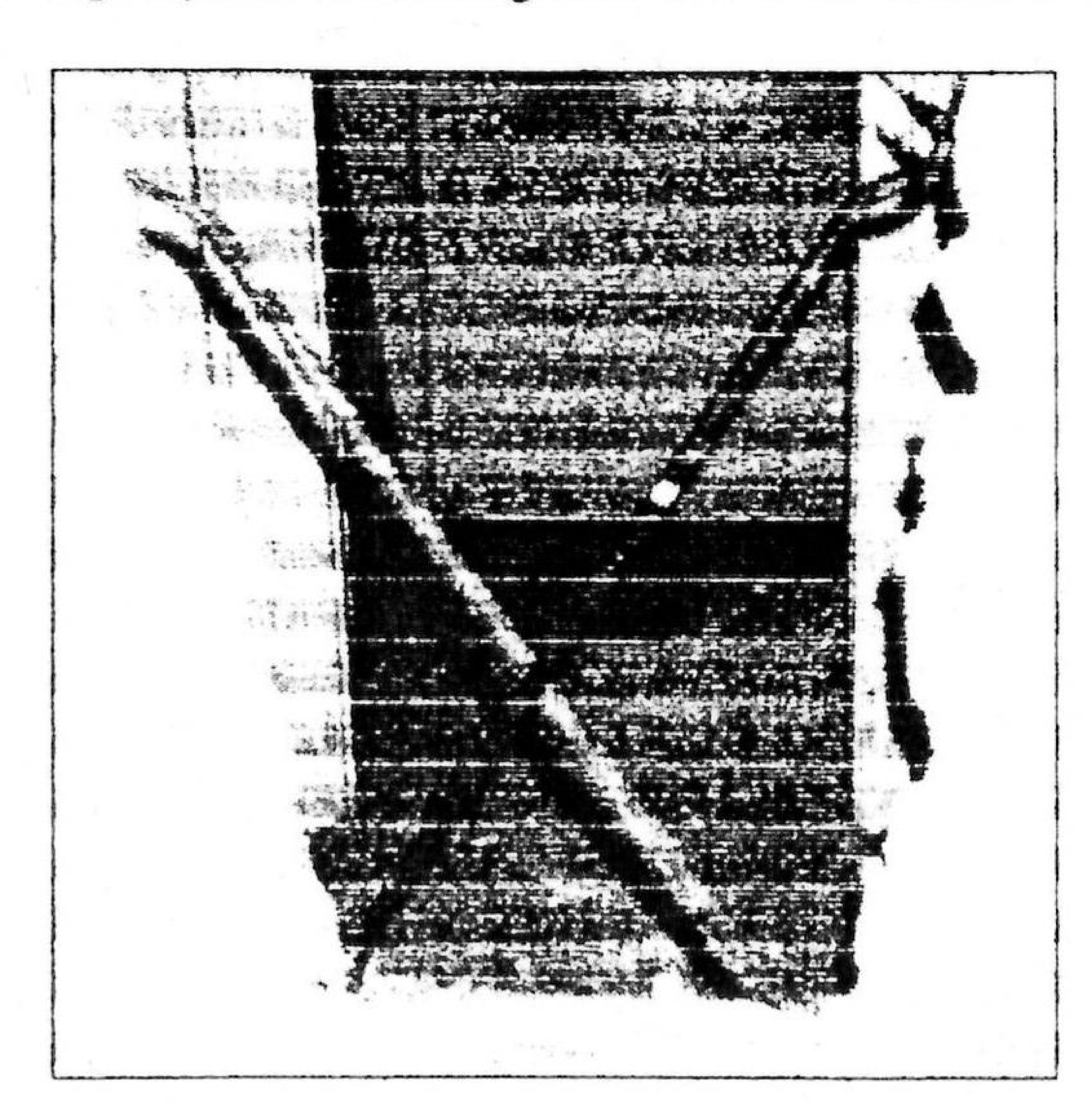


Mit ca 200 Leuten, SchülerInnen, StudentInnen und einigen Leuten aus anderen Sozialzentren, zog die Demo zu der 10 Minuten entfernten Piazza Minitti, auf dem gerade der Wochenmarkt stattfand. Über Nacht waren schon einige GenossInnen in das Haus eingedrungen. Und während von Außen die Fronttür mit Brechstangen in Angriff genommen wurde, rissen diese von Innen die hinter der Tür errichtete Mauer ein. Das Haus, das der Stadt Mailand gehört und seit 1989 leersteht, ist trotz der mutwilligen Zerstörungen seitens der Stadt (herausgerissen Fußböden, zerstörte Dachziegel, usw.) von seiner Bausubstanz gut erhalten. Umgehend wurden weitere Mauern vor Etagentüren eingerissen und mit Entrümpelungs- und Aufräumarbeiten angefangen. Am Abend waren sowiel Wohnungen gesäubert, daß die BesetzerInnen mit ihren Schlafsäcken einziehen konnten, um die Besetzung zu halten.

Die Besetzung wurde von der Nachbarschaft mit Wohlwollen gesehen. Sie versorgten die BesetzerInnen mit Strom. Die in der Paterre gelegene Pizzeria machte den BesetzerInnen Vorzugspreise und die von den Medien interviewten MarktbesucherInnen äußerten sich positiv gegenüber der Aktion. Während der Besetzung kam noch ein Vertreter der EZLN aus Chiapas zu Besuch und begrüßte die Aktion. Er war zu Gast auf einer viertägigen Solidaritätsveranstaltung der Chiapas-Gruppe YA

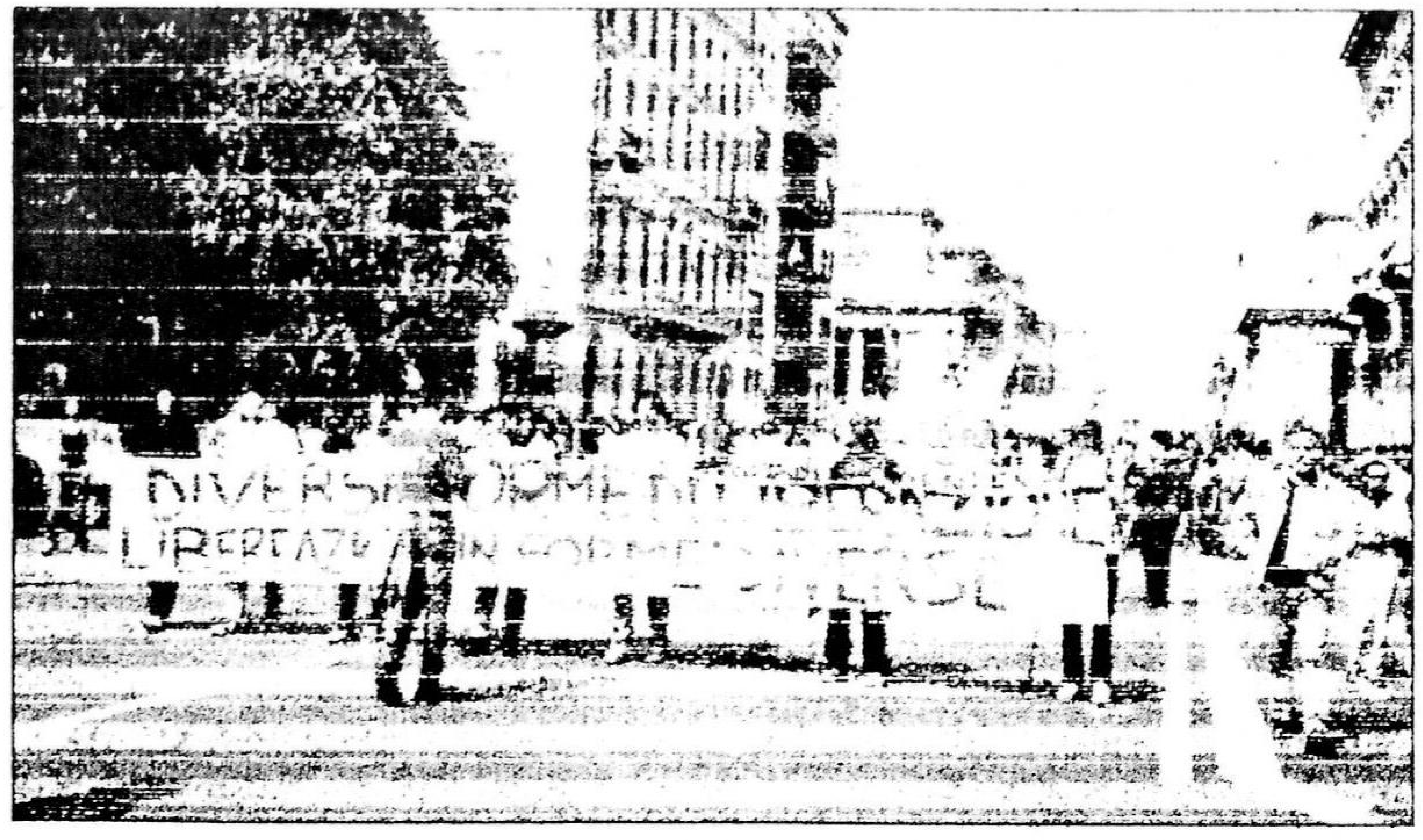

Metropolix, Piazza Minitti

BASTA aus dem Centro Sociale LEONCAVALLO. Auf dem Chiapas Soli - Konzert, das an diesem Abend mit 8000 bis 10000 BesucherInnen im LEONCAVALLO stattfand, wurde die Besetzung ebenfalls den Leuten mitgeteilt.
Bei der Besetzung beschränkte sich die Polizei auf die Observation des Geschehens durch die politische Abteilung, der DIGOS. Dies brachte den BesetzerInnen zwei Tage später 17 Anzeigen ein.



Das Deposito Bulk

Das „Deposito Bulk" wurde vor ca einem Jahr besetzt. Es liegt an der Viale Luigi Sturzo, schräg gegenüber der Stazione Garibaldi, einem der kleineren Bahnhöfe Mailands und 15 Minuten zu Fuß vom Zentralbahnhof gelegen. Das Gebäude ist eine alte zweistöckige Schule, mit großem Garten und einer kleinen Turnhalle. Besetzt wurde sie von SchülerInnen und StudentInnen im Alter von 14 bis 21 Jahren. Der „harte Kern" sind ca 30 bis 40 Leute mit einem Umfeld von ca 100 Leuten. Es finden dort regelmäßig Feten, Discos und Konzerte (Raves, Jazz, Punk, etc.) Theateraufführungrn, Ausstellungen u.a. statt. Red Skins, sowie Schwulen- und Lesben-Gruppen veranstalten dort ebenfalls Feste. Die Räume werden auch von weiteren StudentInnengruppen, KünstlerInnen und einer Kung Fu Gruppe genutzt.
Von den ca 10 bis 12 besetzten Centri Sociali in Mailands, die vorwiegend kulturell genutzt werden, gehört das BULK zu den „politischeren". D.h. Teilnahme und Initiierung von Aktionen, Demos, etc.. Während die Centri Sociali GARIBALDI und VITTORIA auf der Linie der Autonomia de classe, also der Rückbesinnung auf die Autonomia der 70iger Jahre, liegen, definieren sich das BULK und das LEONCAVALLO ebenfalls als Autonome. Doch nicht so sehr im tradierten Sinne. Sie wenden sich neuen gesellschaftlichen Entwicklungen und Tendenzen zu, wie z.B. der Umstruktuierung der Stadt mit der dazugehörigen Sicherheits- und Repressionspolitik.
In diesem Jahr wurde der zentral gelegene Parco Sempione komplett mit 2 Meter hohen Stahlzäunen und -toren eingezäunt und mit Videokameras bestückt. Geplant sind Eintrittsgelder für den Park und die nächtliche Abriegelung. All das soll die polizeiliche Kontrolle dieses öffentlichen Raumes effektivieren. Ähnliches findet an der Piazza Vetra statt. Anläßlich des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, dem 25. April, nahm BULK diese städtearchitektonische Reppressionspolitik zum Anlass, nicht wie üblich von autonomer Seite bei der Großdemo mitzumachen und sich damit zu begnügen, die Refomisten mit anderen Inhalten zu konfrontieren. Sie veranstalteten auf der Demo unter dem Motto: *"Diverse forme de liberazione - Liberazioni in forme diverse"* (*Verschiedene Formen der Befreiung - Befreiung in verschiedenen Formen*) einen Rave und zogen am Schlußkundgebungsplatz, dem Mailänder Domplatz vorbei, zum Parco Sempione. Dort hatten sie drei Sound Systeme mit Rave Musik installiert. Gut die Hälfte der 8000 Autonomen (übrigens keiner in schwarzer Folkloretracht) zogen mit ihnen. Im Park ging die Partie mit insgesamt 10000 Jugendlichen bis in die frühen Morgenstunden. Die Demontage des Stahlzaunes scheiterte am Versagen der mitgebrachten Technik.


BULK Transparent auf der Demo am 25. April 1998

F.A.U.S.T. c/o Regenbogenladen, Eibergerstr.2, 44879 Bochum

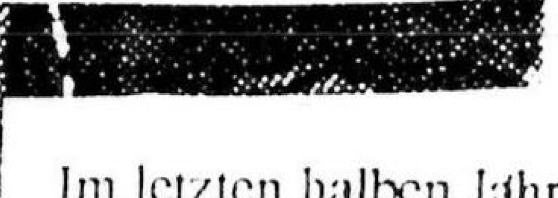
DER BERLINER ERMITTLUNGSAUSSCHUß INFORMIERT:

Mißlungener Anwerbeversuch des VS:

Am Spätnachmittag des 1.10.98 wurde ein Mensch direkt vor seinem Haus in Friedrichshain auf der Straße von einem Typen vom Verfassungsschutz angesprochen. Der Mann sprach die Person mit vollem Namen an und gab sich selbst als Herr Kohlmann (vielleicht auch Kohlmeier oderKohlmain) aus. Er sei vom Verfassungsschutz und würde sich gerne mal unterhalten. Es erfolgte eine spontane und sehr deutliche Absage, d.h. der Mensch drehte sich direkt um und ging ins Haus. Der Typ sieht ungefähr so aus: Er ist etwa 35-45 Jahre alt, weder auffallend kräftig noch hager, ca. 1.80 - 1.85 m groß, seine Augen sind grau-grün oder grau-blau, seine Haare dunkelblond, eher schütter mit beginnenden Geheimratsecken. Es könnte sein, daß er eine Brille trägt. Sein Gesicht wirkt leicht teigig aufgeschwemmt.

In letzter Zeit haben wir vermehrt von Anquatschversuchen gehört. Besonders „begehrt" sind jüngere Leute. Die Situationen, wie „Kontakt" aufgenommen wird, sind sehr unterschiedlich. Manchmal rufen sie an, ein anderes mal holen sie einen von der Arbeit ab, sie stehen aber auch schon mal direkt vor der Wohnungstür oder wie oben beschrieben draußen vorm Haus.
Ein weiteres Mal: Egal in welcher Situation, es ist immer am besten, ihr lehnt jegliches Gespräch ab, „kein Interesse und tschüß!!!"
Laßt Euch nicht vollquatschen, isolieren, einschüchtern oder drohen - sagt klar und deutlich !NEIN!
Sprecht mit FreundInnen, wendet euch zB. an den EA.

Wir sind immer dienstags von 20-22 Uhr im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel. 6922222 zu erreichen.



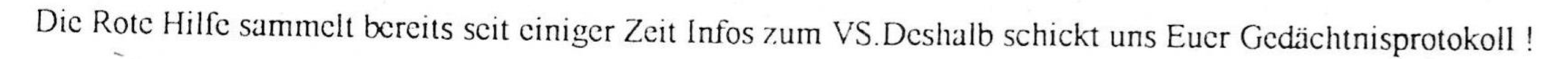
Im letzten halben Jahr wurden vermehrt Anquatschversuche des VS in Berlin bekannt. Von vielen wird diese Repression einfach hingenommen, als alltäglicher Vorfall abgestempelt, der zu linksradikaler Politik nunmal dazugehört. Andere sind eingeschüchtert und ziehen sich zurück. Beides ist im Sinne des VS / des Staates.
Deshalb :

Verfassungsschutzbericht- ein Blick auf die Arbeit eines Geheimdienstes

Infoveranstaltung zu Geschichte, Struktur und Arbeit des VS

am 8. November 98 , 20 Uhr, im Größenwahn
mit einem Referenten der Roten Hilfe

Der VS hat keinerlei legale Handhabe, dich zu einer Aussage oder Zusammenarbeit zu zwingen. Er hat keine polizeilichen Befugnisse. Jede, auf den ersten Blick auch noch so unverfängliche Information kann dem VS als weiterer Mosaikstein dienen, dich und andere zu kriminalisieren. Brecht Anquatschversuche sofort ab und macht sie öffentlich !
Das ist der beste und sicherste Weg, vom VS in Ruhe gelassen zu werden und ihm die Arbeit zu erschweren.



Die Rote Hilfe sammelt bereits seit einiger Zeit Infos zum VS.Deshalb schickt uns Euer Gedächtnisprotokoll !

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel

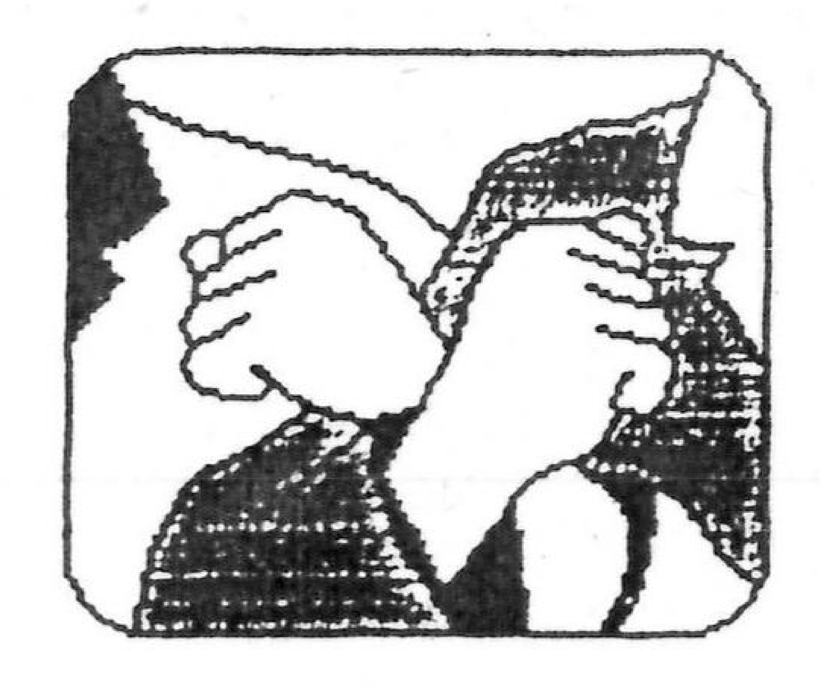


Folgende Spitzelfahrzeuge nervten beim letzten critical mass:

Motorräder :
BMW, rot, Kennzeichen B-A-608 & Yamaha, schwarz(?), Kennzeichen B-TE-90
als Helme wurden jeweils BMW Helme getragen

PKWs
blauer Golf mit „Fritz"-aufkleber auf der Rüchkscheibe, Kennzeichen B-CM-40
weinroter Opel Astra, Kennzeichen B-G-2127

D.E.M.O.B.E.O.B.A.C.H.T.U.N.G



ROTE HILFE

Regionalgruppe

Lingen - Nordhorn - Rheine - Gronau

ROTE HILFE E.V.
Regionalgruppe
c/o
Werner Volk
Pestalozzistraße 81
48527 Nordhorn
Tel. & Fax: 05921/38730
eMail: bambule@nwn.de

den 16.10.1998

An

Liebe Freundinnen und Freunde
Viele von Euch haben nun seit einiger Zeit mit der Gruppe InfaM zu tun, einige von euch auch persönlich. Um so mehr wird es euch wundern, wenn ihr jetzt hört, das InfaM zur bundesweiten polizeilichen Beobachtung ausgeschrieben wurde, und angeblich zum „terroristischen Umfeld" gezählt wird. Zum einen führt dies zu Verunsicherung, aber auch zu Gerüchten, denen wir hier entgegentreten wollen.

Was ist geschehen?

Im Focus Nr. 36 vom 1. September diesen Jahres war in einem Bericht über „depressive Terroristen" einiges über die Situation der Gefangenen aus der RAF zu lesen, unter anderem wurden illegal mitgeschnittene Besuchsgespräche wiedergegeben. In diesem Zusammenhang erwähnt Hans Olaf, freier Mitarbeiter des Focus, daß das BKA sich wegen der Selbstauflösung der RAF nicht in einem „Fahndungsschlaf" befindet, sondern durchaus weiterhin aktiv ist. Als Beleg dafür dient eine 66 Personen umfassende Liste von Menschen, die das BKA bundesweit zur polizeilichen Beobachtung (PB07) ausgeschrieben hat. Daraus werden mehrere Personen und Gruppen exemplarisch genannt, wobei der Autor versuchte, einen Querschnitt aus diesem sehr bunten Spektrum darzustellen. Genannt werden Menschen aus Zusammenhängen autonomer, antifaschistischer Gruppen, eine Redakteurin der TAZ, die wegen Mitgliedschaft zur „Roten Zora" verurteilt wurde, eine Frau aus Köln, die durch ihr Engagement für kurdische Frauen und Hinterbliebene von politischen Gefangenen, die in türkischen Gefängnissen „verschwundenen" sind, aufgefallen ist, und eben „Peter F. aus Ahaus, der mit der Gruppe InfaM ... gegen Atommülltransporte agitiert". Dabei wird in dem Artikel ein Zusammenhang hergestellt, nach dem das Erscheinen auf dieser Liste gleichzeitig die Zuordnung zu einem linksextremistischen, terroristischem Umfeld bedeutet. Wir wissen allerdings nicht, ob dieser Zusammenhang vom BKA so hergestellt werden sollte, oder lediglich von dem Journalisten hergestellt wurde.
Laut Hans Olaf ist ihm aus nicht genannten Quellen im BKA die gesamte Akte zugespielt worden. Die Veröffentlichung sei zwar authentisch aber nicht autorisiert, und das BKA würde wegen der Indiskretion „toben".

Was bedeutet das?

Erst einmal praktisch bedeutet es, das eine Person aus der Gruppe InfaM bundesweit polizeilich beobachtet wird und jedes Auftauchen dieser Person, sei es bei Verkehrskontrollen oder in Zusammenhang mit Veranstaltungen, Demonstrationen oder „privat", durch die Polizei an spezielle Meldedienste weitergegeben wird. Dadurch soll ein möglichst umfassendes Bewegungsbild des Betroffenen und seines Umfeldes ermöglicht werden.
Zweitens bedeutet dies viel Verunsicherung, Angst und eine schädliche Gerüchteküche.

Was wird InfaM vorgeworfen?

Gar nichts. Weder InfaM, noch der betreffenden Person wird oder wurde irgendeine Straftat, eine Beteiligung daran oder an deren Planung oder Vorbereitung vorgeworfen, noch nicht einmal ein Aufruf zu Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten wie z.B. Gleisbesetzungen, wird InfaM zur Last gelegt. Für die polizeiliche Beobachtung gibt es keinerlei kriminalistischen oder polizeilichen Anlaß. Es ist ausschließlich eine politische Entscheidung.

Warum Kriminalisierung?

Schon vor dem letzten CASTOR-Transport sollte mit der „Ahauser Rohrbombe" ein Anlaß geboten werden, um zum einen Teile des Widerstandes in eine kriminelle / terroristische Ecke zu drängen. Aber nicht ohne zum anderen das bürgerliche Spektrum des Widerstandes, vor allem die BI „Kein Atommüll in Ahaus" zu drängen, sich von diesem Teil des Widerstandes zu distanzieren. Betreiber und Politiker wissen, daß eine derartige Spaltung das Ende eines erfolgreichen gemeinsamen Widerstandes bedeuten würde und damit Tür und Tor für anstehende CASTOR-Transporte geöffnet wären. Immerhin: geplant waren monatliche, zum Teil wöchentliche Transporte über 15 Jahre hinweg. Bei einem Polizeiaufgebot wie beim letzten Transport ist dies nicht möglich.

Der Versuch mit dem„Ahauser Rohr" ist damals gründlich schief gegangen, da weder die örtliche Polizei, noch die eingeschaltete politische Polizei (Kommissariat 14) beim Polizeipräsidium Münster, auch nur einen Anfangsverdacht in Richtung Atomkraftgegner oder irgendeinen politischen Hintergrund sahen. Daher war der Versuch vom NRW-Innenministerium, damals unter Kniola (SPD) ein recht offensichtlicher Versuch, den Widerstand in Ahaus zu diskreditieren. Die Beschuldigungen wurden zwar irgendwann als „erledigt" angesehen, eine Entschuldigung für diesen ungeheuerlichen Vorgang hat es aber nie gegeben.

Heute ist die Situation anders. Im Umfeld des Widerstandes gibt es heute neben zahlreichen Strafanzeigen und hunderten von Bußgeldbescheiden auch die Bestrebungen, einzelne durch horrende Geldstrafen oder ruinöse Schadensersatzforderungen vom Widerstand abzuschrecken. Wenn jemand, weil er sich in der Nähe von unterhöhlten Gleisen aufhielt, nachher bis zu 30.000 DM Schadensersatz zahlen soll, dann wirkt das abschrekkend auf ihn und andere.

Was ist der § 129 a (StGB)?

Zu der „üblichen" Kriminalisierung kommen vier Ermittlungsverfahren wegen konkreter Sachbeschädigungen hinzu, unter anderem wegen der Aktion von „Mut zur Lücke", wegen eines Feuers beim CASTOR-Hersteller GNB in Mühlheim, wegen Hakenkrallen auf Oberleitungen von Bahnstrecken im Ruhrgebiet und eben wegen des ominösen „Ahauser Rohrs". Ein Teil dieser Verfahren wird nach den §§ 129 und 129 a geführt (Bildung, Mitgliedschaft, Unterstützung, Werbung usw. für eine kriminelle / terroristische Vereinigung). Das besondere an diesem Paragraphen ist, daß es sich um einen „Ermittlungsparagraphen" handelt. Es kommt nur selten zu einer Anklage und fast nie zu einer Verurteilung wegen dieses Paragraphen, denn vor Gericht ist eine Sachbeschädigung in der Regel eine Sachbeschädigung und kein Terrorismus. Aber der Paragraph ermöglicht es erst einmal der Polizei, für ihre Ermittlungen sehr großzügig alle Bürgerrechte auszuschalten und so wegen eines vergleichsweise geringfügigen Vorwurfs das Telefon- und Postgeheimnis außer Kraft zu setzen sowie umfangreiche Observationen, Hausdurchsuchungen, lange Untersuchungshaftzeiten oder Beugehaft gegen vermeintliche Zeugen zu rechtfertigen.
Es ist somit ein beliebtes Mittel der Polizei geworden, gerade im Zusammenhang von politischen Aktivitäten wie dem Widerstand gegen Atomanlagen.

Zuletzt wurde ein solches Verfahren gegen einen Menschen aus unsere Region im Sommer 95 angestrengt. Vorgeworfen wurde ihm, daß er an einer Redaktionssitzung für die Zeitschrift „radikal" teilgenommen habe. Dieser an sich nicht strafwürdige Vorwurf war Anlaß genug, um einen ganzen Stadtteil durch Sondereinsatzkommandos mit Maschinenpistolen abzuriegeln, ihn Festzunehmen und von seiner Freundin und seinem 6 monatigem Baby zu trennen. Er wurde in Untersuchungshaft gesteckt, zu Anfang sogar unter Kontaktsperre, so daß er außer einem Rechtsanwalt mit niemanden reden durfte und nicht einmal erfahren konnte, was mit seiner Familie geschehen ist. Nach einem halben Jahr Untersuchungshaft ist er wieder in Freiheit. Die Vorwürfe sind in sich zusammengebrochen und es gibt sehr wahrscheinlich nicht einmal einen Grund, ihn anzuklagen. Der verantwortliche Bundesinnenminister Kanther von der CDU rechtfertigt das Vorgehen (zeitgleich in der ganzen BRD gegen sieben Personen) als „Warnung gegen die Linke". Der betroffene bleibt zurück mit einem Schock und horrenden Schulden wegen der Rechtsanwaltskosten.

Warum InfaM ?

Es ist und bleibt Spekulation, warum jemand in das Fadenkreuz der Schnüffeldienste gerät oder warum nicht. Auch in der BI sollte ja schon einmal vergeblich ein Spitzel installiert werden. Das gleiche wurde bereits vor sechs Jahren gegen die Zusammenhänge von InfaM unternommen. Dies geschah nicht nur durch Locken mit Geld, sondern auch mit massiven Drohungen gegen die Person, scheiterte aber letztlich. Seither sind diese Leute für Polizei und Schnüffeldienste interessant.
Erfahrungen mit dieser Situation haben schon viele in der Anti-AKW-Bewegung gemacht. Ähnliche Verfahren gab es gegen Vorstandsmitglieder der BI Lüchow-Dannenberg, wobei einem unter anderem sogar Schußwaffenbesitz nachgesagt wurde oder dem Vorbereitungskreis für das Gorlebener Sonntagsgebet, das auch schon mal öffentlich als konspirativer Terroristentreffpunkt diffamiert wurde. Ähnliches gab es bei vielen anderen Gruppen auch. Diesmal hat es eben InfaM getroffen wobei diese Gruppe für Polizei und Nachrichtendiensten mit Sicherheit interessant ist. Wegen ihrer Bedeutung als Organisator des Delegiertentreffen und den Kontakten zur bundesweiten Anti-AKW-Bewegung wird InfaM als eine von mehreren „Schaltstellen" im Widerstand gegen CASTOR-Transporte nach Ahaus angesehen. Die betroffene Person ist immer wieder im Zusammenhang mit dem Widerstand bei der Polizei in Erscheinung getreten, unter anderem wegen „Rädelsführerschaft" bei der Gründung der Sonntagsspaziergänge, als Anmelder für das Camp X4, als Gründer und Einlader zu den Delegiertentreffen, als „Zielperson" (Polizeijargon) beim Tag X oder beim Besuch von Angela Merkel in Ahaus.

Was nun?

Zuerst einmal kommt mensch auf den Gedanken, sich lieber zurück zu halten, und nicht mehr so aktiv aufzutreten, oder überlegen sich, nun nicht mehr in der Öffentlichkeit mit InfaM zu erscheinen und ähnliches. Eine solche Wirkung könnte verheerende Folgen haben. Würden nach weiteren, geschickt lancierten Veröffentlichungen, alle möglichen Leute verängstigt zu Hause sitzen und nichts mehr machen, wäre das eine durchaus erwünschte Konsequenz.

Wichtig ist es vor allem, die Nerven zu bewahren, sich nicht verunsichern zu lassen und dabei einige menschliche und rechtliche Grundsätze im Umgang miteinander nicht zu vergessen:

1. Der Gruppe InfaM oder der genannten Person wird NICHTS vorgeworfen oder angelastet. Um so wichtiger ist daher die eigentlich selbstverständliche Unschuldsvermutung und die Vermeidung von Gerüchten.
2. Spekulationen und Vermutungen tragen nur zu einer Gerüchteküche bei, die dann niemand mehr kontrollieren kann. Daher ist es besser, Fragen oder Verunsicherungen offen und ehrlich auszusprechen, mögen sie auch erst einmal unbegründet erscheinen.

3. Betroffen sind wir alle, aber im Visier stehen einige Personen besonders. Dabei geht es für diese Menschen um viel, auch für deren Familien und Kinder. Auch an sich gegenstandslose Gerüchte können sich auf diese Menschen schlimm auswirken. Daher sollte mit Rücksicht auch auf die Kinder soweit das geht, die Anonymität dieser Personen gewahrt werden. An weiteren Veröffentlichungen, wie z.B. auch durch eine Gegendarstellung, besteht daher z.Z. kein Interesse,

Was wurde bislang unternommen?

Einbezogen bzw. informiert wurden bislang

- mehrere Rechtsanwaltsbüros
- der EA Ahaus
- der EA Gorleben
- das Komitee für Grundrechte und Demokratie
- die Schwarz-Rote Hilfe Münster
- die Rote Hilfe Regionalgruppe

Konkret in die Wege geleitet wurden bislang:

- Anfragen über gespeicherte Informationen bei BKA, LKA sowie Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz für mehrere Personen
- Anzeige wegen Datenschutzverletzung beim Referat V des Bundesdatenschutzbeauftragten
- Parlamentarische Anfragen an Bundesregierung und Landesregierung
- Anfrage an das Innenministerium NRW durch den Vorstand der BI Ahaus
- Beschwerde beim Bundespresserat wegen Verstoß gegen den Pressekodex durch den FOCUS

Wie weiter?

- Redet und diskutiert über das Problem der Kriminalisierung, auch über eigene Ängste und Verunsicherungen
- Informiert euch, z.B. über Verhalten bei Demonstrationen, über Rechte und Pflichten als mögliche Zeugen (Zeugnisverweigerungsrecht) und andere rechtliche Fragen.
- Tretet Anschuldigungen und Gerüchten entgegen. Jeder von uns, kann als nächsteR in so eine Situation kommen.
- Laßt euch nicht entmutigen: jetzt erst recht!

Bei Nachfragen / Rückfragen oder wegen weiterer Informationen wendet euch an:

Rote Hilfe e.V. Regionalgruppe
c/o Werner Volk
Pestalozzistraße 81
48527 Nordhorn

Ermittlungsausschuß Ahaus
c/o Umweltzentrum
Scharnhorsterstraße 51
48151 Münster

Spenden für die Rote Hilfe e.V. Regionalgruppe auf das Konto Nr. 29694 bei der Sparkasse Gronau (BLZ 40154006)

Es geht um Männer und Frauen aus Aachen, die damit rechnen müssen, durch die angekündigten Zeugenvorladungen zum "AIZ-Prozeß" vor das OLG Düsseldorf gezerrt zu werden. Die Ladungen können ab Mitte/Ende Oktober in Aachen eintreffen.

ZeugInnenvorladungen im "AIZ-Prozeß"

In der laufenden Hauptverhandlung gegen Bernhard Falk und Michael Steinau wegen Mitgliedschaft in der AIZ und diversen Sprengstoffanschlägen, kündigte der vorsitzende Richter Breidling an, Zeugenvorladungen an Leute aus der Aachener linken Szene in die Wege zu leiten. Die Ladungen können voraussichtlich ab Mitte/Ende Oktober eintreffen.

Angeblich sollen die ZeugInnen dazu beitragen, Persönlichkeitsbilder über die Angeklagten zu erstellen. Im Gegensatz zu Michael, der seine Beteiligung an den letzten drei Anschlägen der AIZ erklärte, verweigert Bernhard nach wie vor die Aussage. Zusätzlich verweigert er seine aktive Mitwirkung an der Erstellung eines psychiatrisch/ psychologischen Gutachtens über seine Person. So greift das Gericht auf andere Mittel zurück. Dabei gibt der Senat sich nicht damit zufrieden, die Knastpost der beiden Angeklagten in der Verhandlung vorzulesen. Zusätzlich werden Arbeitskollegen, ehemalige Lehrerinnen und bereits ein ehemaliger Genosse aus Köln befragt. Den Gipfel des gerichtlichen Voyeurismus bietet die Vernehmung einer Zeugin, die vor zehn Jahren eine Beziehung mit Bernhard hatte.

Die Befragung "*zur Persönlichkeit*" der Angeklagten findet in Anwesenheit der psychiatrischen und psychologischen Sachverständigen statt. Angeklagten, die nicht freiwillig Anhaltspunkte für die "*Exploration ihrer Persönlichkeit*" bieten, wird kein Recht auf Privatsphäre zugestanden, meint das Gericht. Es vollzieht damit einen Schritt in die Richtung, erstellte Psychogramme von Angeklagten als eine elementare Säule in Gerichtsverfahren zu etablieren.

Selbst die Vernehmung des stellvertretenden Leiters des nordrheinwestfälischen Verfassungsschutzes (VS), Wolfgang Düren, läuft unter der Überschrift "*Persönlichkeitsbild*". Es wurde aber bereits mehr als deutlich, daß es darüber hinaus sehr wohl darum geht, am § 129 a StGB ("terroristische Vereinigung") zu basteln. Das heißt, es geht um die Suche nach Kontaktpersonen, nach AIZ Mitgliedern, um die Konstruktion der AIZ.

Die Aachener Spur

"...wenn man nicht von der Unschuld aller Beteiligten ausgeht."

In der Anklageschrift der BAW gegen Bernhard und Michael hat der § 129 a offensichtlich die Funktion eines Hilfskonstruktes, über das die Angeklagten leichter für Anschläge verantwortlich gemacht werden sollen, deren Durchführung ihnen sonst nicht so ohne weiteres nachgewiesen werden kann. Angesichts des Ermittlungsdesasters des BKA ließ der sechste Strafsenat den Vorwurf der terroristischen Vereinigung für die Hauptverhandlung wieder zu, nachdem der Ermittlungsrichter ihn bereits gestrichen hatte.

Im Verlauf der Hauptverhandlung wurde deutlich, daß es den Ermittlungsbehörden nicht gelungen war, eine ihrer "AIZ-Spuren" aufrecht zu erhalten. So stellte das BKA die "Bremer Spur" und der Hamburger VS die "Hamburger Spur" ein. Weitere Spuren sind nicht erwähnt worden. In der Situation trat der stellvertretende Chefspion aus Düsseldorf zum ersten mal vorm OLG auf. Er hatte dem Senat ein Päckchen gepackt: Seiner Darstellung nach habe es eine "terroristische Vereinigung" namens AIZ gegeben, und zwar in Aachen. Er behauptete die Aachener Antirepressionsgruppe als Forum der AIZ. Ließ Menschen sich aus der AIZ zurückziehen, andere beitreten, unterstützen, diskutieren, kritisieren und wieder austreten, bis am Ende nur noch die beiden Angeklagten übrig gewesen seien. Zum Beweis seiner Behauptung führte Düren aus, das liege auf der Hand, "*wenn man nicht von der Unschuld aller Beteiligten ausgeht.*" Der Kreis der Personen, die seitens VS und BKA als AIZ-verdächtig gehandelt werden, geht allerdings weit über die ehemalige Antirepressionsgruppe hinaus und umfaßt einen ziellosen Streifzug durch die Aachener Szenelandschaft. Das ist der Hintergrund, vor dem der Richter ankündigte, die Vorladungen des "*räumlichen und zeitlichen Umfeldes*" Bernhards "*in die Wege zu leiten*".

Mosaiksteinsammlung

Es wird also nicht ausschließlich um Bernhards Persönlichkeit gehen, wie der Richter glauben machen will, sondern um Menschen aus Aachen, denen allem Anschein nach die AIZ ans Bein gebunden werden soll. Jede Aussage vor Gericht ist ein (Zitat) "*Mosaikstein*", in Breidlings Sammlung. Jeder Mosaikstein kann dazu beitragen, das Konstrukt der "terroristischen Vereinigung" zu bilden. Das kann zum einen die Verurteilung Bernhards und Michael befördern. Zum anderen können so möglicherweise Menschen aus Aachen für ein paar Jahre in den Knast gebracht werden.

Nach Michaels Einlassungen stellt sich die Frage, warum weiterhin am AIZ-Konstrukt gebastelt werden soll. Immerhin müssen die beiden Angeklagten jetzt mit einer recht langen Zeit hinter Gittern rechnen. Der § 129 a wird dabei kaum ins Gewicht fallen. Um eine zusätzliche Erhöhung der Strafe kann es also kaum gehen. Allerdings bietet sich dem VS hier eine Chance, den erlittenen Imageverlust wieder wett zu machen. Mit dem Triumph im Rücken, bei Bernhard und Michael "richtig gelegen" zu haben, hat die Behörde nun die Möglichkeit zu "beweisen", daß es sich bei der AIZ um eine größere Gruppe gehandelt habe, wie sie jahrelang getönt hatte. Wenn jetzt zur Untermauerung dessen noch ein paar Mitglieder geliefert werden könnten, würde das die Stellung des VS - auch gegenüber der Konkurenzbehörde BKA - deutlich nach vorne bringen. Damit ließe sich jedenfalls das Engagement Dürens vor Gericht erklären. Der Senat seinerseits hat jedes Interesse an einer Widerlegung des Vorwurfes, beim § 129 a in der Anklageschrift handele es sich nur um ein Hilfskonstrukt. Im Klartext bedeutet das, der Senat betreibt politische Rechtssprechung.

Für solche Überlegungen sollen nun ein paar "*subkulturelle Autonome und Antiimperialisten*" (frei nach Düren) aus Aachen den Kopf hinhalten.

Zeugen/innen sind dazu verpflichtet, sich vor Gericht als Mosaiksteinlieferanten/ innen zu betätigen. Wer dem nicht nachkommt, riskiert ein Ordnungsgeld oder Beugehaft. Beugehaft kann bis zu sechs Monate Knast bedeuten. Was da wie eine bei "Strafe" geschützte Denunziationspflicht aussieht, läuft aus juristischer Perspektive betrachtet unter der Bezeichnung "*Erzwingungshaft*" (§ 70, 2 StPO). Es handelt sich um ein Zwangsmittel, was "*im Namen des Volkes*" zur Erpressung von Aussagen dient.

Für Aachen heißt das möglicherweise, daß Menschen vor Gericht zu Aussagen gezwungen, die [illegible] Freunde/innen in den Knast bringen sollen. Es kann nicht den ZeugInnen alleine überlassen werden, sich [illegible] ihren. Die Vorladungen richten sich zwar gegen einzelne, sind aber noch lange nicht deren Privatsache [illegible] der Ding ist die Auswahl der Menschen, die als "Umfeld" angesehen werden relativ beliebig. Auf [illegible] aber welche, die in der linken Szene politisch aktiv (gewesen) sind. Von Seiten des Staatsschutzes [illegible] nebenbei die Gelegenheit wahrgenommen, linker Politik in Aachen einen empfindlichen Dämpfer zu verpassen.

Das fordert die praktische Solidarität von allen, die ebenso wie die ZeugInnen (willkürliche) Repression nicht akzeptieren wollen.

- Gegen die Pflicht zu petzen
- Gegen Staatsschutzkonstrukte und Repression
- Gegen den Knast
- Anna und Arthur gegen die Mosaiksteinsammlung
- Solidarität mit den Zeugen und Zeuginnen!
- Weg mit dem § 129a aus dem Prozeß und überhaupt!

Im Moment brauchen wir vor allem Öffentlichkeit, in welcher der Richter nicht so leicht Leute ohne Ende mit Zwangsgeld belegen, bzw. in den Knast bringt und nebenbei doch noch Mosaiksteine sammelt.

Zusätzlich wird Geld gebraucht: Um Öffentlichkeit herstellen zu können, um AnwältInnen zu bezahlen und mit Pech vielleicht bald, um Leute in Beugehaft zu unterstützen

Rechtshilfefonds:

Kontonr: 27009836

Sparkasse Aachen BLZ 390 50 000

Stichwort : „ZeugInnen“

Der Prozeß läuft im Prozeßbunker des OLG Düsseldorf, in der Tannenstraße. Termine sind jeweils dienstags und mittwochs ab 9.15 Uhr. Vor Einlaß werden Taschen durchsucht und Ausweise kopiert. Über die genauen Ladungstermine geben wir Bescheid sobald sie da sind.

ProzeßbeobachterInnen
im AIZ-Prozeß gegen Bernhard Falk und Michael Steinau
c/o Goethestr. 3
52064 Aachen
Fax: 0241 708410

Okt.98

FAZ- Für andere Zustände-
Libertäre Galaxis statt Festung Europa

Infoadresse: FAZ, Postfach 173, A-1100 Wien. e-mail: anti_eu@batcomputer.htu-tuwien.ac.at
Telefon/Fax: Jeden Dienstag und Freitag von 15 bis 19 Uhr 01-64 15 999 oder außerhalb von Österreich 0043-1-64 15 999.

Hallo Leute!
Wir sind eine Gruppe von Autonomen und AnarchistInnen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die EU-Präsidentschaft Österreichs ein wenig zu vermiesen. Bislang hat es eine Aktionswoche mit Demos, Straßenfesten und -theater usw. zu Beginn der Präsidentschaft im Sommer 1998 und ein Grenzcamp in der Nähe der österreichisch-ungarischen Grenze gegeben. In beiden Fällen haben wir nur regional mobilisiert, diesmal jedoch wollen wir ein stärkeres Lebenszeichen linksradikalen Widerstandes gegen die Festung EUropa von uns geben.
Wir meinen, daß es notwendiger denn je ist, der Politik der Herrschenden, deren globaler Charakter v.a. auch durch die EU immer deutlicher zum Vorschein kommt, weltweit koordinierten Widerstand und eine starke Solidarität über die nationalen Grenzen hinweg entgegenzusetzen. Deshalb rufen wir alle, die einer Welt der Ausbeutung und Unterdrückung eine libertäre Alternative gegenüber stellen, dazu auf zum

EU-Gipfel in Wien vom 10.12.-12.12.1998

ihrer Wut und Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen!

Geplant sind vorläufig
Am Donnerstag, dem 10.12.98: Die EUropäischen Außenminister feiern „**50 Jahre Menschenrechte**“. Diese Heuchelei wollen mit Aktionen und Straßentheater kommentieren.
Am Freitag, dem 11.12.98, soll's eine spaßige „**Jubeldemo**“ geben, mit der wir die EU-Bonzen und die EU-Propaganda verarschen wollen. Am Abend gibt's dann ein **Fest und Konzert** mit „Tod und Mordschlag“ und vielen anderen.
Am Samstag, dem 12.12.1998 gibt's eine **Große Demonstration** zusammen mit anderen (reformistischen) linken Gruppierungen wie z.B. EUROMARSCH.
Das ist nur ein vorläufiges Programm und soll noch durch Raves, Aktionen, Diskussionsveranstaltungen usw. ergänzt werden. Gefragt sind auch Eure Ideen und viel Eigeninitiative!
Na dann, bis bald!

Gemeinsam für eine
Libertäre Galaxis statt Festung Europa!

P.S.: Wenn es Euch möglich ist, vervielfältigt bitte diesen Aufruf und/oder verbreitet ihn in euren Medium!

Gipfel stürmen!

Berliner Infowoche rund um die EU- und WWG-Gipfel in Köln 1999

9.–15. November 1998 im Mehringhof

Weekend-Seminar zu EU & WWG. Ausstellung zu EU-Gipfel Amsterdam 1997 und Vortrag zu EUROPOL. *gruppe demontage*: Postfordistische Guerrilla. Fit für die große Tour im Sommer `99? Damit Ihr Euch optimal auf den EU-Gipfel (5.–7. Juni) und den Weltwirtschaftsgipfel (18.–20. Juni) vorbereiten könnt, gibt's schon jetzt eine Berliner Infowoche zu Köln `99 mit (vorerst mentalen) Trainingsmöglichkeiten: Am Dienstagabend stellt die Gruppe *demontage* ihr neues Buch »Postfordistische Guerrilla – Vom Mythos nationaler Befreiung« vor. Ab Donnerstag ist eine Austellung zu Gegenaktivitäten und Repression während des EU-Gipfels in Amsterdam zu sehen, welche mit einer Veranstaltung zu EUROPOL eröffnet wird. Von Freitag bis Sonntag wollen wir dann versuchen einen gewagten Bogen zu schlagen: Vom IWF/Weltbanktreffen Berlin `88 über Hintergründe zu EU und Weltwirtschaft heute bis nach Köln `99.

Dienstag, 10. November, 19.30 Uhr, EX: Für einen linksradikalen Kosmopolitismus!
gruppe demontage aus Hamburg stellt ihr neues Buch vor: Postfordistische Guerrilla – Vom Mythos nationaler Befreiung
Eingebettet in eine allgemeine Postfordismusanalyse werden unterschiedliche nationale Befreiungsbewegungen (z.B. EZLN, ETA, PKK) einem umfassenden Emanzipations-TÜV unterzogen. Gegenüber einer auf Volk und Nation fixierten Linken propagiert *demontage* das Konzept eines linksradikalen Kosmopolitismus. (Organisiert von Gruppe Venceremos)

Donnerstag, 12. November, 19.00 Uhr, EX: Ausstellung EU-Gipfel Amsterdam 1997. Ausstellungseröffnung zu Gegenaktivitäten und Repression anläßlich des EU-Gipfel, Amsterdam 1997.
Anschließend Veranstaltung zu EUROPOL mit Otto Dietrichs (angefragt). 20 Uhr

---

Weekend-Seminar: 13.–15. November, SFE: Gipfel stürmen! Seminar rund um EU- und WWG-Gipfel in Köln `99.
Freitag, 13. November, 19.00 Uhr: Von Gipfel zu Gipfel – Blick nach vorn im Zorn.
Analysen und Erfahrungen aus vergangenen Kampagnen und internationalistischer Arbeit.
Ab 19 Uhr wollen wir uns in den Räumen des Mehringhofs auf ein spannendes Wochenende einstimmen. Dazu haben wir VertrerInnen und TeilnehmerInnen verschiedner Kampagnen und Soligruppen zu Kurzreferaten eingeladen. Die Themen lauten: # Arbeit der frühen Lateinamerika Solidaritäts Gruppen # Anti-IWF/Weltbank-Kampagne Ostberlin und Westberlin (Frauengruppen) 1988 # Entwicklungen im BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen) # EUROTOP EU-Gipfel in Amsterdam 1997 (mit Counter Controll und Eurodusnie, Holland)
Wir möchen an diesen Abend über die Zielsetzung ihrer Arbeit und die inhaltlichen Schwerpunkte der unterschiedlichen Kampagnen reden. Welche Schlüsse lassen sich aus diesen Erfahrungen für eine anti-imperialsitische, internationalistische oder kosmopolitische Politik ziehen? Nach den Referaten hoffen wir auf eine spannende Diskussion!

Samstag, 14. November, 11 bis 18 Uhr Arbeitsgruppen (mit Trainingspause von 14–15 Uhr):
AG Europa, Europa über alles – wie deutsch wird der Euro? (Gruppe ohne Namen)
In zwei Blöcken werden wir uns mit eurer Hilfe an die folgenden Themen machen. Beide Blöcke können unabhängig voneinander besucht werden, auch wenn im ersten Teil wichtiges Grundlagenwissen vermittelt wird.
I. Vorstellung der Strukturen und Institutionen der Europäischen Union. Informationen über EU Kommission, Europarat, Europäische Zentralbank (EZB), etc.
Was ist von linken Forderungen nach »Demokratisierung« der EU-Institutionen zu halten? Welche Machtstrukturen bilden sich in der EU aus? Wird der Euro deutsch?
II. Unstrittig ist für uns die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung der BRD in Europa. Wie weit diese vorangeschritten ist, und wie sie zukünftig aussehen könnte, werden wir anhand folgender Themen aufzeigen: Deutschlands Ritt nach Osten – zur Hinterhofpolitik der BRD. Die finanzpolitischen Machenschaften der BRD. Es wird zu fragen sein, wo sich Widersprüche abzeichnen, die von einer linken Opposition politisch zu nutzen sind.

Die Infowoche im Überblick

Di, 10. Nov. 1998	Do, 12. Nov. 1998	Fr, 13. Nov. 1998	Sa, 14. Nov. 1998	So, 15. Nov. 1998
19.30 Uhr: Für einen linksradikalen Kosmopolitismus!	19.00 Uhr: Ausstellungseröffnung zum EU-Gipfel Amsterdam 1997	19.00 Uhr: Erfahrungsaustausch aus vergangenen Kampagnen und internationalistischer Arbeit	11 – 18 Uhr: Arbeitsgruppen	10 Uhr: Frühstücksbuffet
			AG Europa – Wie deutsch wir der Euro	11 Uhr: Infoplenum zu Köln 99
			AG Nationalstaaten im Postfordismus	
			AG Das kleine abc des mai: Ein Lesekurs	
			AG Europ™ inc.	

Alle Veranstaltungen finden im Mehringhof statt. Adresse: Gneisenaustraße 2a, 10 961 Berlin. Das EX befindet sich im Parterre, die SFE im Aufgang III.

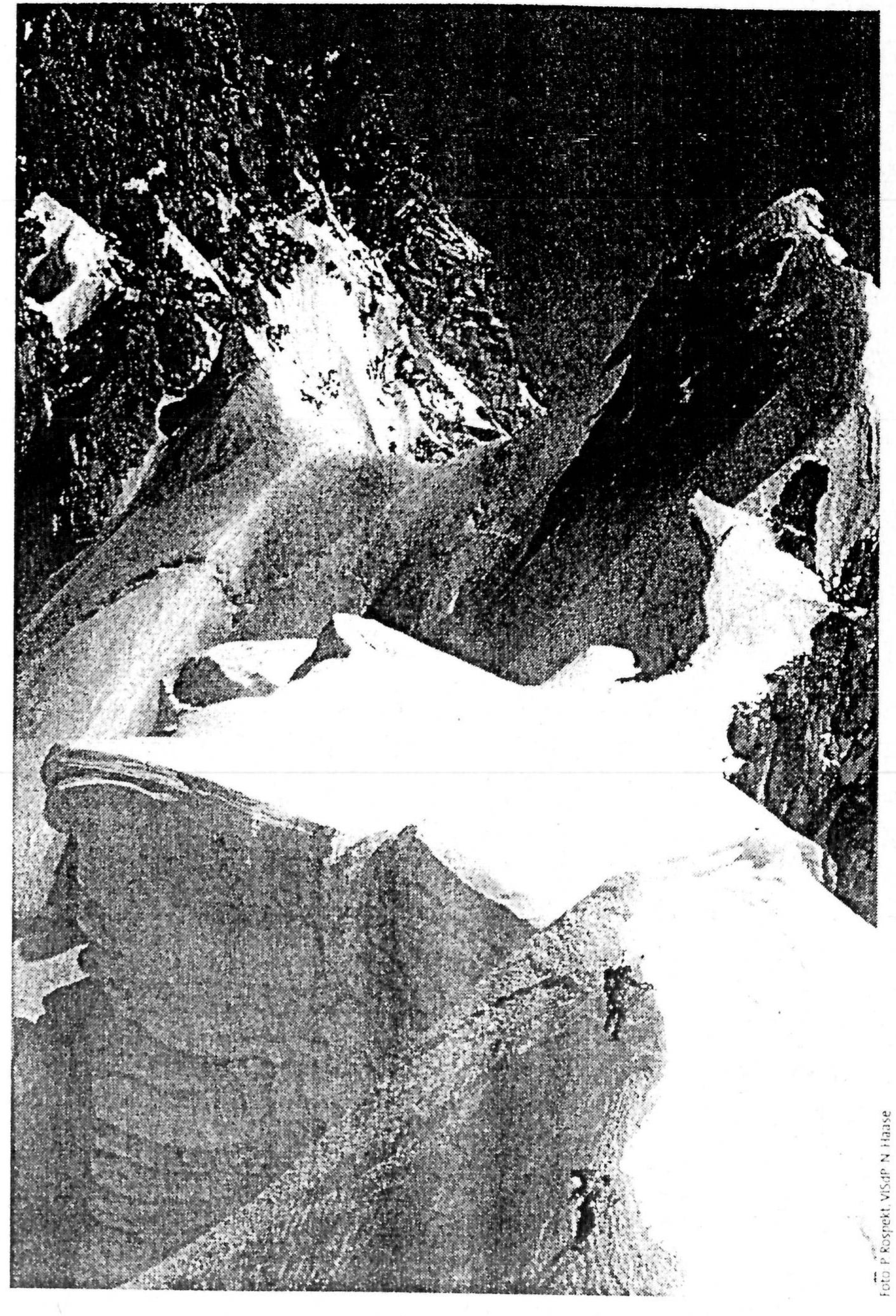
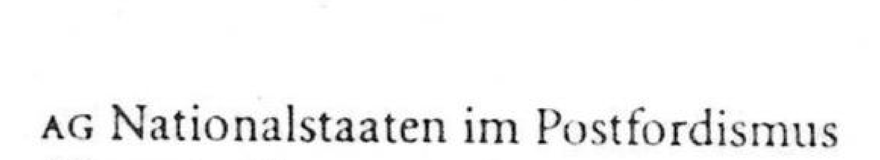


Foto P. Rospekt, ViSdP N. Haase



AG Nationalstaaten im Postfordismus (Gruppe *Venceremos*)

Die aktuelle Kritik des Neoliberalismus reduziert sich allzuoft auf eine Verteufelung »multinationaler Konzerne«. Die zügellosen Kräfte des Weltmarktes werden gegeißelt und demgegenüber der kapitalistische Nationalstaat als emanzipatorischer Rettungsanker stilisiert. Dieser Position liegt die Annahme zugrunde, Nationalstaaten würden im Zuge der »Globalisierung« verschwinden. Unsere AG möchte genau diese Vorstellung kritisieren und zeigen, daß viel eher von einem Umbau der nationalstaatlichen politischen Regualtion zu sprechen ist.

AG Das kleine ABC des MAI: Ein Lesekurs (MAI AG)

Das MAI ist tot! Es lebe das MAI ? Die MAI-Verhandlungen im Rahmen der OECD sind fürs erste gescheitert. Warum also sich weiter damit beschäftigen? Schon heute gibt es Initiativen, ein entsprechendes Investitionsschutzabkommen in anderen Organisationen, z.B. der Welthandelsorganisation (WTO) durchzusetzen. In der AG wollen wir deshalb die zentralen Elemente des MAI-Vertrages analysieren (Nationale Gleichbehandlung, Meistbegünstigung, rollback & stand still Klauseln, Streitschlichtung, Schutz vor Unfrieden). Diese sind nicht erst mit dem MAI entstanden (siehe GATT und NAFTA) und werden auch mit seinem Scheitern nicht verschwinden.

AG Europ™ inc. – Die neue Macht der alten Welt (MAI AG)

Der europäische Einigungsprozeß dümpelt in den 70er Jahren vor sich hin, als ein neuer Akteur, der »European Round Table of Industrialists« (ERT), 1981 als ein Zusammenschluss europäischer Großkonzerne eine neue Dynamik in die Entwicklungen brachte. In den nächsten 15 Jahren wurde sowohl die europäische »Integration« als auch der Binnenmarkt verwirklicht. In userer AG wollen wir uns mit dem Einfluß der Konzernlobbys (wie ERT) auf die europäische (Wirtschafts-) Politik befassen und dies am Beispiel der aktuellen Verhandlungen um eine große US-EU Freihandelszone genauer anschauen. Denn gleichermaßen in Kooperation und Konkurrenz mit den USA wächst die EU in ihre neue Rolle als neoliberale Weltmacht hinein.

Sonntag ab 10.00 Uhr Frühstückbuffet (mit viel Kaffeel) und um 11 Uhr Info-Plenum zu Köln `99. Leute aus Köln (LiRa) und von Peoples Global Action (PGA) berichten über den Stand der Vorbereitungen und die geplanten Gipfelaktivitäten. Es gibt bereits internationale, bundesweite und regionale Aktionsbündisse, welche Gegengipfel, Großdemos, Widerstandscamps und Karawanen organisieren. Darum wollen wir anschliessend darüber reden, wie wir in Berlin die Zeit bis zum Sommer `99 nutzen können.



Vorbereitungsgruppen:
Antifaschistische Aktion Berlin, AOK, Gruppe Venceremos, Gruppe ohne Namen, MAI AG, Projekt Interconti c/o AStA FU, Internationalismus Referat HU/TU und Einzelpersonen

Kontaktadresse:
Koln 99
c/o Internationalismus Referat Humboldt Uni,
Unter den Linden 6, 10 099 Berlin
Fernruf (030) 2093-2603, Fax. 2093-2396
http://userpage.fu-berlin.de/~inter/eu-g7/

Am 2.11.87 fand aus Anlass des Jahrestages der Hüttendorfräumung einer der üblichen Sonntagsspaziergänge zum "Chaoteneck" an der Startbahn statt. Zwei Bullen wurden an diesem Tag durch Schüsse getötet. Unmittelbar darauf wurde eine breitangelegte Kriminalisierungskampagne gegen die gesamte linke und autonome Szene im Rhein-Main-Gebiet losgetreten. Unter dem Druck der Repression war der Grundsatz, keine Aussagen bei den Bullen zu machen bei einigen ziemlich in Vergessenheit geraten. Was als "klar" galt, war plötzlich gar nicht mehr so klar. Gemachte Aussagen zogen weitere Verhaftungen und Beschuldigungen nach sich. In dieser Situation wurde die Kampagne "Anna & Arthur halten das Maul!" ins Leben gerufen, um zu retten, was zu retten war.



Keine Flughafenerweiterung! NACHTFLUGVERBOT

reclaim your memory

Dennoch war es dem Staat gelungen, den Startbahnwiderstand zu zerschlagen und die regionalen Strukturen tief zu erschüttern. Die Nachwirkungen dieser als überraschend empfundenen scharfen Repression sind noch heute zu spüren.

Wir halten diese Geschichte nach wie vor für höchst aktuell: Wie wir von Leuten aus dem Startbahn-Widerstand gehört haben, wurde damals oft erst mal gemacht und nicht groß drüber nachgedacht. Das kommt uns leider ganz schön bekannt vor. Vor allem mit den möglichen Folgen militanter Aktionen, setzen sich viele erst auseinander, wenn sie drin sind, in der Kiste. Und dann geht´s los, und dann sind sie allein...Nix ist klar!

Donnerstag, 29.Oktober
20:00 "Scharf beobachtete Züge" / CSSR 1996(neue Welle) / Omu mit engl. Untertiteln
Film im Größenwahn

Samstag, 31.Oktober
16:00-20:00 Cafe und Kuchen sowie "Lisbon Story"(17:00**Film**)
im Größenwahn
21:00 **AUTOFOCUS-Party im EX**

Sonntag, 1.November
19:00 **Treffen** zum EU-Gipfel inWien
im **Bandito Rosso**

Montag, 2.November
19:00 "Was bleibt von 68" **(Vortrag)**
"Die Schlacht am Tegeler Weg" **(Film)**
im A-Laden
19:30 Wismut-Versuchskaninchen für Ost und West
Uranabbau in der DDR
Referent: Georg Heydecke, Zwickau
Veranstaltung im BAOBAB
20:00 Startbahn Frankfurt/Main
Veranstaltung im Bandito Rosso (Atomic-Cafe´

Mittwoch, 4.November
19:30 Der strahlende Osten / Uranabbau in Osteuropa
Referent: Gerd Schmidt, Öko-Institut Darmstadt
Veranstaltung im BAOBAB
20:00 Der Laden auf der Hauptstraße
Reihe 30 Jahre Prager Frühling / OmU mit engl.Untertiteln
Film im Größenwahn
20:00 "Statuentheater-eine Form des Theaters der Unterdrückten"
Theater im El Locco
21:00 "Björn Kuhligk liest Wondratschek"
Kulturabend im Bandito Rosso

Donnerstag, 5.November
20:00 "Naturwissenschaftlerinnen"-Überblick u. Geschichte forschender Naturwissenschaftlerinnen
Vortrag im El Locco
21:00 Wismut / **Film** vom grünen Haus Gera - im **BAOBAB**

Freitag, 6.November
20:00 "Im Namen des Vaters" **Film im Größenwahn**
20:00 "Schlechte musik und abgestandene Getränke XII"
wirtschaftl. Zweckbetrieb im Bandito Rosso
20:00 "Die spanische Revolution" - Cajo Brendel, holländischer Rätekommunist und Zeitzeuge erzählt aus seinem Leben
Vortrag im El Locco

Samstag, 7.November
16:00-20:00 Cafe und Kuchen sowie
"Besser geht´s nicht" (17:00**Film**)
im Größenwahn

Sonntag, 8.November
20:00 Geschichte, Arbeitsweise und Struktur des Verfassungsschutzes / Rote Hilfe
Veranstaltung im Größenwahn

Montag, 9.Nove[illegible]
20:00 Kneipe
Bandito Ro[illegible] [illegible]afe´)

Dienstag, 10.November
20:00 "Berdjajew-religiöser Sozialist & Freiheit"
Vortrag im El Locco

Mittwoch, 11.November
21:00 "Lager des Schweigens-Workuta im Nordpolarkreis"
DokuFilm(BRD1990) **im Bandito Rosso**

Donnerstag, 12.November
20:00 "Der Feuerwehrball"
Reihe 30 Jahre Prager Frühling
deutsche Fassung
Film im Größenwahn
20:00 "Madame Curie"
(Nobelpreisträgerin Physik u. Chemie) als Vorbild für andere Frauen?
Vortrag im El Locco

Freitag, 13.November
20:00 "Melancolica magic"(1998)
-Filmfest poetischer Realismus
Uraufführung im El Locco

Termine

BAOBAB:
Infoladen Eine Welt e.V.
Christburger Str. 3
Berlin 10405

Cafe Größenwahn:
Kinzigstr. 9 HH
10247Berlin

BANDITO Rosso:
Lottumstr. 10a
10119Berlin

El Locco:
Kreuzbergstr. 43
10965Berlin

EX
Gneisenaustr. 2a HH

Schluß mit den Nazi-Treffen!

Weg mit dem Café Germania!

Im Dezember 1997 wurde in der Lichtenberger Normannenstraße 5 a das „Café Germania" eröffnet.

Vom ersten Tag an ist es Treffpunkt der Berliner und bundesweiten Naziszene. Hier geben sich Stiefel- und Schlägernazis, Skinhaeds und rechte Hooligans die Klinke in die Hand. Vom Café gehen immer wieder Übergriffe gegen Linke, AusländerInnen und Andersdenke aus. Zuletzt wurde im Oktober 1998 ein Treffen des „Bündnis gegen Rechts Lichtenberg" von Nazis gestört.

Es liegt an uns, dem Café Germania unseren entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Deshalb: auf zur Silvio-Meier-Demo! Schluß mit den Nazi-Treffen!

Antifa heißt Angriff!

Silvio-Meier-Demo



21.11.98 • 15:00 Uhr
U-Bhf. Samariterstr.
Soli-Party • 21 Uhr • Kato

Antifaschistische Aktion Berlin
Engeldamm 68 • 10179 Berlin
Antifa-Infotelefon: (030) 27 56 07 56
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aab

V.i.S.d.P.: Elisabeth Möller-Westphal, Schloßstraße 41 c, 10646 Berlin-Steglitz

So. 1.11.98, 19.00 Uhr
Lehrter Kulturfabrik, Lehrter Str.35
Bus 340, 227

Jürgen Elsässer
"Ehrliche Arbeit gegen raffendes Kapital"
Arbeitswahn und Antisemitismus



Do. 5.11.98, 19.00 Uhr
Lehrter Kulturfabrik, Lehrter Str.35
Bus 340, 227

Tjark Kunstreich
"Deutschland muß zahlen"
Der Kampf der Zwangsarbeiter-Innen um Entschädigung , u.a. bei Siemens und IG-Farben

Auto.Mobiles.Reisebüro

„Haben Sie Wien schon bei Nacht gesehen?" (...Falco)

Von 10.12 - 12.12.98 findet in Wien der EU - Gipfel statt, dies soll der krönende Abschluß der ersten, bis jetzt eher ruhig verlaufenen, EU-Präsidentschaft Österreichs werden.

Wir haben alle wenig Geld, aber umso mehr Gründe bei den Aktionen gegen diese Selbstbeweihräucherung der EU - Demokratur dabeizusein. Deshalb organisieren wir uns ein Wochenende in Wien, und die dazugehörigen Busse. Ideen wären:

- eine, oder mehrere Solipartys
- Flugis und so Zeux
- Vorbereitung auf Wien
- alles was DIR noch einfällt!

...um das Geld für 1, 2 oder 10 Busse aufzustellen, und natürlich auch um die Leute zu finden die mitfahren. Insbesondere ist eingeladen:

- wer einen Autobus besitzt
- Bänds kennt die Soli spielen
- und DU!

Wir treffen uns am SONNTAG, dem 1.11.98, um 19.00 Uhr, im Bandito Rosso, Lottumstraße 10a, Berlin - Mitte, gleich beim Rosa-Luxenburg-Platz, U2

gen! •• weitersagen! •• weitersagen! •• weitersagen! •• weite

kassiber 36 (Oktober/November 98)

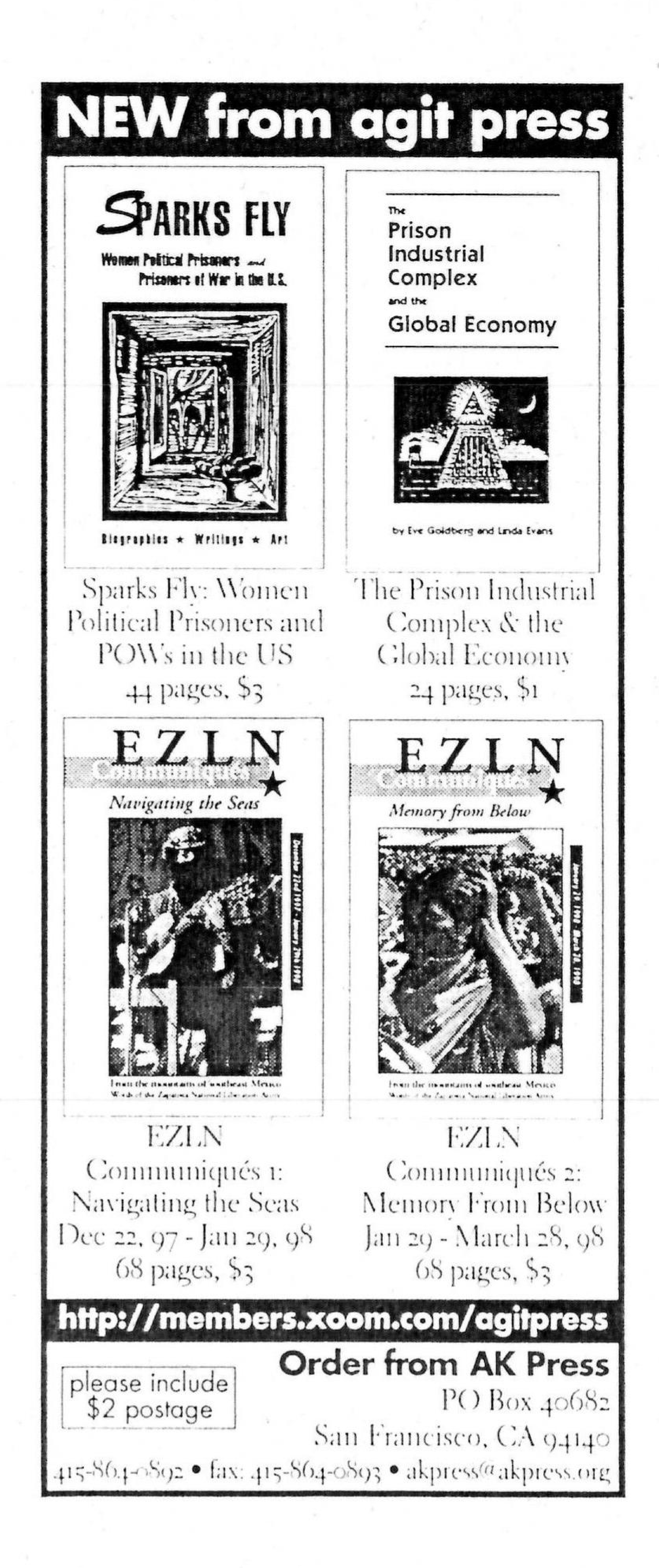
> Zur Kritik der Hirnforschung (III): "Hirn determiniert Geist" - Fehler, Funktion, Folgen
> Fünf Jahre nach der Demontage des Asylrechts
> "Soziale Säuberungen" weltweit?
> Vom Einzelfall zur politischen Maßnahme: Die Karriere von Themen der "Inneren Sicherheit"
> Zentrale Gen-Datei beim BKA
> "Karl Marx der Musik" - 100 Jahre Hanns Eisler
> LeserInnen-Umfrage: unter den EinsenderInnen werden zahlreiche Bücher verlost!
> u.v.a.m.

60 Seiten für 5 Mark,
Abo (6 Ausgaben): 35 Mark

kassiber gibt es im gut sortierten Infoladen oder beim VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen, Fax: 0421-75682.

Beim VzVuN können auch kostenlose Probehefte angefordert werden! http://www.ohz.north.de/user/kombo/home.htm eMail: kassiber@brainlift.de





!!NEU NEU- GANZ NEU - NEU NEU!!

Soli - Cassetten für das "Sorglos" - Konto
(zur Unterstützung illegalisierter Migrantinnen)

VOICES OF WOMEN -
A VERY POLITICAL QUEERBEAT

VOICES OF AFRICAN WOMEN

erhältlich im EX für je 10 DM (je 90 min.)
und in gutsortierten Buch- und Infoläden

!!NEU NEU - GANZ NEU - NEU NEU!!

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

Vortrag:
WAS BLEIBT VON `68
Film:
DIE SCHLACHT AM TEGELER WEG
Anschließend Disskussion

Montag, den 2. November
um 19 Uhr
im A-Laden,
Rathenower Straße 22
(Berlin-Moabit)

Den Verhältnissen ein Gesicht geben - zehn Jahre Produktion und Vertrieb von politischen Videodokumentationen

Zehn Jahre ist es her, daß die videowerkstatt autofocus ihre Arbeit aufgenommen hat. Seit dem Gründungsjahr1988, zur Zeit der zweiten Hochphase der Häuser- und Stadtteilkämpfe in Westberlin, war es unser Interesse, den kritischen Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu dokumentieren und zu verbreiten. Wir wollten die sozialen und ökonomischen Kämpfe aus dem Blickwinkel der AkteurInnen und Betroffenen heraus darstellen.

Daran hat sich in den vergangenen zehn Jahren wenig geändert, auch wenn wir uns nicht mehr, wie in den 80er Jahren, auf den Kontext starker sozialer Bewegungen stützen können. Gerade in Zeiten, in denen linke Bewegungen und linke Utopien schwach sind und als antiquiert hingestellt werden, ist es uns wichtig, die eigene Geschichte nicht zu verleugnen und zu vergessen. Die Gründe für den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse werden ja nicht weniger sondern mehr. Mit unserer Arbeit wollen wir dazu beitragen, sie wieder stärker sichtbar zu machen.

Von Anfang an war es unser Ziel, einerseits eigene Videos zu produzieren, sowie die Produktion unabhängiger Videos mit Geräten und "Know how" zu unterstützen. Andererseits ging es darum, die Produktionen anderer unabhängiger Videogruppen und FilmemacherInnen aus dem In- und Ausland für Veranstaltungen etc. verfügbar zu machen. Mittlerweile können wir im Verleih etwa 170 Filme für öffentliche Aufführungen anbieten, von denen weit über die Hälfte in den 90er Jahren entstanden sind. Einige Schwerpunkte sind Antifaschismus, Migration und Lateinamerika.

Außerdem haben wir einige hundert weitere Videos, z.B. Fernseh-Aufzeichnungen von politischen Brennpunkt-Themen, archiviert, die eingesehen und, soweit wir die Verleihrechte haben, auch ausgeliehen werden können. Die archivierten Filme sind in einer Datenbank erfaßt und nach Suchbegriffen zu erschließen; für den Verleih gibt es einen Katalog mit Inhaltsangaben zu allen Filmen. Er ist zum Selbstkostenpreis von 10 DM bei uns erhältlich. Eine 4-seitige Kurzübersicht über das Verleihprogramm gibt's kostenlos.

Nach wie vor sind wir ein Kollektiv aus inzwischen 9 Menschen, die Entscheidungen nach dem Konsensprinzip fällen und unentgeltlich arbeiten. Die Behörden konnten sich mittlerweile nicht mehr der Einsicht entziehen, daß wir gesellschaftlich sinnvolle Arbeit machen, und haben unserem Verein die Gemeinnützigkeit zuerkannt - (steuerlich absetzbare) Spenden würden wir nicht zurückweisen!

Autofocus ist nach wie vor ein Teil der Kreuzberger Infrastruktur. Nach dem Gründungsort in der Oranienstraße 45 und den traditionsreichen Räumen in der Eisenbahnstraße 4 sind wir seit einem Jahr in der Lausitzer Straße 10 gelandet, wo wir uns eine Büroetage u.a. mit dem Bildarchiv *Umbruch* und der Redaktion der Wochenzeitung *Jungle World* teilen.

Am kommenden Wochenende wollen wir unser 10-jähriges Jubiläum zusammen mit euch im Ex feiern – unter dem Motto „Sehen und gesehen werden" (siehe Heftrückseite). Also: Laßt euch sehen!

<u>Samstag, 31.10. ab 21 Uhr im Ex, Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, Berlin-Kreuzberg</u>

autofocus videowerkstatt


sehen
und gesehen werden
10 jahre autofocus video werkstatt
5X2 jahre vertrieb & produktion politischer videos
auto-party-focus
31.10.98
im EX/gneisenaustr. 2a



Bargeld für Alle!
Keine Zwangsarbeit!
Abschaffung der rassistischen Sondergesetze und des Arbeitsverbotes für Flüchtlinge!
Offene Grenzen und Bleiberecht für Alle!

6. 11. 10 Uhr Rathaus Neukölln